Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
31 (1917)

144 (23.6.1917)

urn:nbn:de:gbv:45:1-573145

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Hauptexpedition Rüstringen, Peterstr. 76, Fernsprech-Anschluß 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale Ulmenstr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholen von der Expedition 80 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,70 Mk., für zwei Monate 1,80 Mk., monatlich 90 Pf. einschließl. Bestellgeld.

Donnerstags u. Sonntags mit Unterhaltungsbeilage

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 20 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 25 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 75 Pf.

51. Jahrgang. Rüstringen, Sonnabend, den 23. Juni 1917. Nr. 144.

Einbruch in die französische Front in 1500 Meter Breite

Heeresberichte.

(W. T. B.) Berlin, 21. Juni, abends. (Amtlich.) Im Westen vormittags südwestlich von Lens, bei Vauraillon und südöstlich von Nanroy lebhafte Gefechtstätigkeit. Sonst nichts Besonderes.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 21. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern: In Flandern und im Artois war erst abends bei besserer Sicht der Artilleriekampf auf breiter Front lebhaft; er hielt stellenweise auch nach dem Dunkelwerden an. Nahe der Küste wurden durch nächtlichen Ueberfall eine Anzahl Engländer als Gefangene eingebracht. Bei Hooge, östlich von Ypern, sind gestern und heute früh starke englische Erkundungsstöße abgewiesen worden. Auch bei Vermelles und Lens schlugen Unternehmungen des Feindes fehl.

Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen: Bei Vauraillon, nordöstlich von Soissons, stürmten gestern nach kurzer starker Minenfeuervorbereitung Kompagnien einiger aus Rheinländern, Hannoveranern und Braunschweigern bestehenden Regimenter die französische Stellung in 1500 Meter Breite. Der durch bewährte Sturmtrupps, Artillerie und Flieger gut unterstützte Einbruch in die feindliche Linie erfolgte für den Gegner völlig überraschend. Einzelne Stoßtrupps drangen durch die Annäherungswege bis zu den Reserven vor und machten auch dort Gefangene. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer. Ueber 150 Gefangene und 16 Maschinengewehre wurden zurückgebracht, einige Minenwerfer gesprengt. In den gewonnenen Gräben sind tagsüber heftige Gegenangriffe der Franzosen abgewiesen worden. Mit starkem Wirkungsfeuer bereitete der Feind nordwestlich des Gehöfts Hurtebise ein Unternehmen vor, dessen Durchführung in unserem Vernichtungsfeuer unterblieb. Auf dem westlichen Suippes-Ufer war abends die Feuertätigkeit sehr lebhaft. In der Ost-Champagne und am Westhang der Argonnen holten unsere Stoßtrupps mehrere Gefangene aus den französischen Linien.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg: Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Bei Luzk, an der Zlota-Lipa, der Narajewka und südlich des Dnjestr wurde die russische Artillerie und dementsprechend unsere tätiger als in letzter Zeit. Streifabteilungen der Russen wurden an mehreren Stellen verjagt.

Mazedonische Front:

An der Strumaniederung endeten Gefechte bulgarischer Posten mit englischen Kompagnien und Schwadronen mit dem Zurückgehen des Feindes.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Ludendorff.

(W. T. B.) Wien, 21. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz:

In einzelnen Abschnitten der galizisch-wolhynischen Front hat die feindliche Artillerietätigkeit bei Mitwirkung schwerer Kaliber sichtlich zugenommen. Auch die Flugtätigkeit war hier lebhafter.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden verlief der Tag ruhiger. Die Kämpfe in diesem Gebiet brachten uns seit dem 10. Juni 16 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre ein. Im Col Bricon-Gebiet erfolgreiche Handgranatenkämpfe. Sturmabteilungen haben im Vorfeld der Lagazuriststellung die Besetzung eines Sprengtrichters durch den Feind verhindert. Auf der Karstsochfläche wurden kleinere feindliche Unternehmungen abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Stellenweise Bandenkämpfe.

Der Chef des Generalstabs.

Friedenskonferenz in Stockholm.

Stockholm, 19. Juni. (Eig. Bericht.)

Der französische Munitionsminister Albert Thomas äußert sich im hiesigen Socialdemocraten über das Memorandum der deutschen Delegation in einem längeren Artikel, in dem er in der Hauptsache folgendes ausführt:

Das Schriftstück der deutschen Sozialdemokratie kann ich nicht unbeantwortet lassen und ich glaube, daß mein persönlicher Eindruck von der Mehrheit meiner Freunde geteilt wird. Bei der Lektüre dieses Manifestes war ich bestürzt und über die Friedensaussichten sehr beunruhigt.

Ich hatte schon oft bei früheren Kongressen, auch während des Krieges den Eindruck, daß die Denkart der deutschen Sozialdemokraten von der unsrigen verschieden ist; aber niemals hätte ich gedacht, daß die Verleugnung der gemeinsamen Prinzipien in so scharfes Licht geraten würde. Ich anerkenne den guten Glauben der Deutschen und den Umstand, daß sie jetzt Dinge akzeptieren, denen gegenüber sie sich früher entgegenhaltend verhielten, wie die Schiedsgerichte und die Kontrolle der Diplomatie. Dazu ist aber notwendig, daß sie selbst eine wirklich konstitutionelle Regierungsform einführen. Wir lassen uns nicht mehr mit Phrasen abspeisen. Ich anerkenne, daß bei ihnen guter Wille vorhanden ist, und gehöre nicht zu denjenigen, die bei den Deutschen an ein abgekartetes Regierungsmanöver glauben. Uebrigens ist das Auftreten der deutschen Sozialdemokraten ihrer Regierung und den Alldeutschen gegenüber sehr bescheiden. Ihre Forderung bezüglich der Freiheit der Meere und des Verbots bestimmter Kriegsmittel ist weniger dem internationalen Rechtsgefühl entsprungen, als der Enttäuschung über das Versiegen deutscher Weltwirtschaftspläne. Im Memorandum findet man keinen Protest gegen die Anwendung solcher Kriegsmittel durch Deutschland selbst, ja sogar die Kriegführung in Belgien und Frankreich findet hier eine Rechtfertigung. Wenn die Deutschen mit einem gewissen Recht unsere Maßnahmen für einen künftigen ökonomischen Kampf, der unter Umständen schwerer als die Besetzung eines Territoriums wirken kann, kritisieren, so sollte Deutschland auf der anderen Seite gleichfalls Garantien gegen skrupellose Handelsmethoden geben. Bezüglich der russischen Friedensformel sage ich: Auch die Deutschen verlangen einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Das beweist, wie gerechtfertigt unsere Forderung an die Russen war, ihre Friedensformel genauer zu präzisieren. Damit haben die Russen begonnen, wenngleich noch Unklarheiten bestehen bleiben. Was die Deutschen uns vorschlagen, das ist der Stand wie vor dem Kriege, modifiziert durch die Kriegskarte. Welch sonderbare Theorie ist es, daß eine Frage des nationalen Rechts erst durch militärische Operationen aktuell wird? Welch sonderbare Unterscheidung ist es zwischen den deutschen Kolonien, die völlig zurückverlangt werden und den höher zivilisierten Ländern wie Tibet, Marokko usw., wo der Krieg keine militärischen Veränderungen hervorbrachte? Die deutsche Mehrheit will also erstens nicht zurückgeben, was Deutschland genommen hat, zweitens will sie, daß Deutschland zurückkehrne, was es im Kriege verloren hat; drittens will sie okkupierte Länder wie Polen und sogar nicht okkupierte Länder losreißen.

Man ist über so viel unbewußten Imperialismus bestürzt. Aber die Zentralfrage ist die Selbstbestimmung der Völker, wofür den Deutschen das Verständnis anscheinend fehlt. Man fragt uns, ob wir wegen Elsaß-Lothringen das Kriegselend verewigen und den Dauerfrieden opfern wollen. Das beweist, daß man unseren Standpunkt nicht versteht. Wenn die Sozialisten und Demokraten in der ganzen Welt dieser Frage nicht gleichgültig gegenüberstehen, so darum, weil sie das Prinzip der Selbstbestimmung in schärfster Form aufgestellt haben. Die Behandlung der elsässischen wie der polnischen Frage zeigt, wie sehr die deutsche Sozialdemokratie im preußischen Militarismus befangen ist und alle seine Argumente benutzt, da sie in der elsässischen Frage Bismarcks Rassen- und Sprachenprinzip und die Gewalt an die Stelle des Freiheitsprinzips setzt.

Es folgen längere Ausführungen über die Frage von Elsaß-Lothringen mit Berufung auf die Haltung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870.

Was Polen betrifft, so verlangt die deutsche Mehrheit nur die Selbständigkeit des russischen Teils und begreift nicht, was nationales Recht ist. Sicherlich müssen auch die Alliierten ihre alten Ueberlieferungen revidieren. Ereignisse wie die russische Revolution und der Eintritt Nordamerikas in den Krieg legen ihnen die Pflicht zur genauen Durchsicht ihrer Kriegsziele auf. Aber die Alliierten verstehen auch, daß solche im Geiste der Freiheit vollzogenen Revisionen ihre Sache nur stärken können. Dieser Prozeß kann durch die von der deutschen Mehrheit eröffnete Aussicht auf Grenzberichtigungen nicht gestört werden.

Weil es notwendig ist, die Welt darüber aufzuklären, wo das Recht liegt, ist es unmöglich, auf eine internationale Konferenz zu gehen, ohne daß die Schuldfrage vorgelegt wird. Die Deutschen berufen sich auf die Pflicht der Landesverteidigung; aber die Internationale hatte ihnen die Pflicht auferlegt, die Kriegsursachen zu untersuchen und ihre Revisionen, die den Angriff unternommen hatte, zu beseitigen. Die Deutschen glauben an eine Abrüstung der Herzen und der Gewissen und an einen Friedenstag unter dem Drucke der alten sozialistischen Ideen und der Liebe der Völker zum Frieden. Aber keine andere Versöhnung ist möglich, als durch die Annahme des allgemeinen Rechtsprinzips. Es gibt für die Entente keinen Frieden als den Rechtsfrieden.

Noch den deutschen Erklärungen habe ich meinen Zweifel, ob es einen Sinn hat, zur Konferenz zu gehen. Aber es ist unsere Pflicht, unseren Standpunkt vor aller Welt klar zu machen und ihn zu propagieren. Wenn die deutsche Erklärung zeigt, daß die deutsche Demokratie den Frieden noch weiter verzögern will, statt ihn zu fördern, so macht das unsere Pflicht noch klarer.

Das der französische Munitionsminister die Darlegungen der deutschen Sozialdemokratie verstehen würde, haben wir allerdings nicht erwartet. Immerhin konnten wir wohl erwarten, daß, wenn er sich dazu äußert, er nicht einfach alle die Phrasen wiederholt, die wir nun seit zwei Jahren und noch länger aus dem Munde der Ententeminister regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen gehört haben. Mit ihm darüber zu rechten ist daher überflüssig. Nur die Bemängelung der Entschiedenheit des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie gegen die Regierung und gegen die Alldeutschen bedarf eines ausdrücklichen Widerspruches, der aber sehr kurz sein kann. Der Vorwurf der Lauheit aus dem Munde eines Sozialdemokraten, der einer bürgerlichen Regierung angehört und mit ihr an einem Strange zieht und bis zu einem gewissen Grade mit für die Verweigerung der Pässe nach Stockholm verantwortlich gemacht werden muß, nimmt sich wirklich gottvoll aus. Indessen ist Thomas nicht die französische Sozialdemokratie, wie der letzte Parteikongreß sehr deutlich bewiesen hat, und ebensowenig ist er und seine chauvinistischen Gesinnungsgenossen tonangebend auf der kommenden Konferenz. Seine Art der Behandlung internationalen Fragen kann wohl die Arbeiten stören, aber nicht hindern.

Das Informationsbureau des Delegiertenrates in Stockholm hat an den Genossen Ebert folgendes Telegramm geschickt:

„Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates teilen wir mit, daß der Delegiertenrat in der Sitzung vom 2. Juni beschloß, die internationale sozialistische Konferenz nach Stockholm zwischen dem 28. Juni und 8. Juli einzuberufen. Tscheidse, Vorsitzender."

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde.

Stockholm, 20. Juni.

Eine deutsche Antwort.

Auf die Aeußerungen des französischen Munitionsministers Albert Thomas im Stockholmer Sozialdemokraten über das Memorandum der deutschen Delegation erwidert der deutsche Delegierte Dr. Eduard David folgendes:

Thomas Ausführungen haben mich insofern angenehm berührt, als Thomas in unseren Erklärungen kein Manöver erblickt, sondern die Ueberzeugung gewonnen hat, daß er es mit der wahren Auffassung der deutschen Sozialdemokratie über Krieg und Frieden zu tun hat. Leider ist es ihm nicht gelungen, unsere Auffassung sachlich zu verstehen und zu würdigen. Seine sehr einseitig orientierte Denkweise steht ihm offenbar hindernd dabei im Wege.

Daraus erkläre ich mir seine Ueberraschung darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gegen die Anwendung gewisser Mittel und Methoden der Kriegführung durch die deutsche Heeresleitung protestiert. Das wäre ein sehr einseitiger Protest. Thomas scheint nichts von dem Berge Anklagematerial zu wissen, das gegen die Kriegführung der Ententestaaten von deutscher Seite aufgehäuft worden ist. Dabei spielt auch die Behandlung der deutschen Gefangenen, die Tötung von Verwundeten, sowie sonstige, durch keine militärische Notwendigkeit gebotene Brutalitäten der französischen Kriegführung eine hervorragende Rolle. Ich bin gerne bereit, ihm auf Wunsch reichhaltiges Material zu liefern in der Hoffnung, daß er nach Kenntnisnahme nicht nur die Einseitigkeit des Urteils korrigieren, sondern auch energisch auf Abhilfe bei der Regierung, welcher er angehört, hinwirken würde. Thomas versteht weiter nicht, wie wir einerseits die uns entrissenen Kolonien zurückverlangen, andererseits aber den unter französisch-englischer Fremdherrschaft stehenden Ländern wie Aegypten, Marokko, Indien, Tibet usw. unsere Sympathie entgegenbringen können bei deren Bestrebungen, ihre verlorengegangene nationale Staatlichkeit wiederzugewinnen. Sollte es so schwer sein, die Unterscheidungslinie zu sehen, die unser Memorandum enthält? Wir anerkennen das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker „gehobener Kultur", die Wiedererlangung oder Neuaufrichtung staatlicher Selbständigkeit erstreben,

Landesbibliothek Oldenburg

Im Unterschied von ihnen bezeichnen wir als Kolonien solche Gebiete, die von primitiven Eingeborenen bewohnt werden, denen Voraussetzung und Willen zur nationalen Selbständigkeit fehlen. Dazu gehören Senegalien, Französisch-Kamerun, Dahomey, Britisch-Ostafrika, die Kongogebiete usw. So wenig das Fehlen dieser Gebiete in der Aufzählung der Staaten, welchen wir nationales Selbstbestimmungsrecht zuerkennen, Widerspruch bedeutet, so wenig bedeutet Widerspruch, daß wir den Ententestaaten das Recht absprechen, Deutschland seine Kolonien wegzunehmen, um sie dem eigenen Kolonialbestand einzufügen. Es ist im übrigen eine falsche Auslegung dessen, was wir über das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehobener Kultur mit ebenmäßiger eigener Staatlichkeit sagen, wenn Thomas es so hinstellt, als wolle Deutschland sie von ihren seitherigen Beherrschern „losreißen" und daß es „nicht länger dulden könne, daß sie unter der Gewalt der Feinde bleiben". Wir sprechen den in Betracht kommenden Völkern unsere Sympathie aus bei ihren Bestrebungen zur Wiedererringung ihrer nationalen Freiheit. Von einem Eingreifen Deutschlands mit Mitteln der Gewalt ist nirgends die Rede. Es mutet mich sonderbar an, daß das von den Ententestaaten verkündete Prinzip der Nationalitätenbefreiung gerade da aufhört, wo das Prinzip der Staaten anfängt. Was die Frage Elsaß-Lothringens anlangt, so verzichte ich auf ethnographische Unterlagen nur historischer Rechtsfragen, da ich sehe, wie wenig die Hinweise im Memorandum auf die Auffassung Thomas über das, was „recht" sei, Eindruck gemacht haben. Seine Hinweise auf die Stellung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870 können auf die deutsche Sozialdemokratie schon deshalb keinen Eindruck machen, weil die Genannten sich später bedingungslos auf den Boden des neugeschaffenen politischen Zustandes gestellt haben.

Unser Memorandum gibt die durch Parteitagsbeschluß von 1913 einstimmig bestätigte Auffassung der deutschen einschließlich der elsaß-lothringischen Sozialdemokratie wieder. Es weist auch darauf hin, daß diese Regelung der elsaß-lothringischen Frage im Sinne der innerpolitischen Autonomie im Rahmen des Reiches auch von der französischen Partei anerkannt wurde. Auf dieser Voraussetzung bewegten sich auch die Verständigungsverhandlungen zwischen den französischen und deutschen Parlamentariern in Bern und Basel; als ich Pfingsten 1914 von Thomas in Basel Abschied nahm, geschah es in der festen Ueberzeugung, daß uns keine entgegengesetzten Auffassungen in der elsaß-lothringischen Frage trennten. Heute hat er die vor dem Kriege getroffene Vereinbarung verlassen. Ich weiß sehr wohl, daß er das damit begründet, daß Deutschland den Frieden gebrochen habe. Damit sei auch die elsaß-lothringische Frage wieder aufgerollt. Aber dieser Rechtsboden ist hohl.

Thomas ist allem Anschein nach zwar fest davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg vom Zaun gebrochen habe und über seine friedliebenden Nachbarn im Osten und Westen hergefallen sei, getrieben von imperialistischer Eroberungsgier und dem Drange nach Weltbegemonie. Er hält uns deutsche Sozialdemokraten, die wir meinen, mit gutem Recht unser Land zu verteidigen gegen eine Welt von Feinden und gegen imperialistische Eroberungspläne schlimmster Art, für arme „Betrogene". Ich gestatte mir, den Spieß umzukehren und meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die französische Sozialdemokratie mit ihrer Ueberfallsfolgende ein Opfer zarischer Diplomatie und der an sie geketteten eigenen Regierung geworden ist. Die Hauptschuldigen an diesem Kriege saßen in Petersburg. Hier war die „verbrecherische, über Bord zu werfende Regierung". Sie ist glücklicherweise inzwischen auch über Bord geworfen worden. Die Mitschuldigen der zarischen Diplomatie sind freilich noch nicht beseitigt. Noch haben in den westlichen Demokratien die imperialistischen Eroberungspolitiker das Heft in der Hand, und wie sie die Mitschuld am Kriegsausbruch tragen, so tragen sie die ebenso schwere Schuld an seiner Verlängerung.

Thomas fragt, welche Garantien eines dauernden Friedens in den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands gegeben seien! Wir haben in Deutschland allerdings eine wesentlich aus feudalen Schichten hervorgegangene Regierung. Aber so ohnmächtig in der Hand der imperialistisch-kapitalistischen Interessentenkreise, wie die Regierungen in den sogenannten Demokratien des Westens, befindet sich die leitende deutsche Bureaukratie nicht. So sehr wir in Deutschland auf die Durchsetzung freiheitlicher innerpolitischer Zustände und auf Erringung einer wirklichen Demokratie hinstreben, wie ich hoffe, mit Erfolg hinstreben, so wenig teilen wir die Illusion, daß man solche wirkliche Demokratie in Frankreich, England und Amerika bereits hat. Was dort herrscht ist eine Oligarchie kapitalistisch-imperialistischer Interessenten, die uns der Krieg noch deutlicher offenbart hat, als sie im Frieden bereits sichtbar war. Diese Demokratie der kapitalistischen Bourgeoisie ist eine Demokratie des Scheins und der Phrase. In der Tatsache, daß die Arbeiterschaft und die sonstige besitzlose Masse des Volkes in jenen Ländern nicht mehr, sondern im Gegenteil weniger Einfluß auf die Diplomatie der Regierung ihres Landes hat wie die Arbeiterschaft in Deutschland, sehe ich das Hauptbindernis, zu einem baldigen, die Lebensrechte aller Völker achtenden Frieden zu gelangen, einem Frieden, der sich aufbaut auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der dadurch die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Die Lage in Rußland.

Die Propaganda der Tat gegen den Krieg.

Malmö, 21. Juni. Extremisten und Anarchisten in Rußland haben nunmehr eine anscheinend gut organisierte Propaganda der Tat gegen den Krieg eröffnet. Die bisher ohne sichtbaren Zusammenhang erfolgten Attentate gegen Munitionsfabriken und Militärlagerhäuser erfolgen jetzt nach einem bestimmten System. Zu diesen Störungsversuchen gegen die Wiederaufnahme des Kampfes an der russischen Front werden jetzt planmäßig Dynamitattentate gegen Brücken, Munitions- und Waffenlager verübt. Wie sich erst jetzt herausstellt, ist die letzte große Explosion im Hafen von Petersburg auf ein Attentat der Antimilitaristen zurückzuführen. Es wurden bereits 14 Personen verhaftet. In den letzten Tagen ist eine Anzahl wichtiger Eisenbahnbrücken von Antimilitaristen in die Luft gesprengt worden.

Die russische Zeitung Iswestija klagt, daß diese Attentate gegen die Brücken nicht nur militärische Interessen schwer schädigten, sondern weit mehr noch die Ernährung des russischen Volkes erschwerten. Die Anarchie müsse durch solche Vorkommnisse den Gipfelpunkt erreichen und notwendigerweise die Pläne der Gegenrevolution fördern.

Vom Seekrieg.

Die italienische Festung Benghasi von deutschen U-Booten beschossen.

(W. T. B.) Berlin, 21. Juni. (Amtlich.) Am 30. Mai wurde von einer unserer Unterseeboote die italienische Festung Benghasi an der nordafrikanischen Küste mit 40 Granaten beschossen. In erster Linie wurden die Hafenanlagen und die funkentelegraphische Station mit sichtbarem Erfolg unter Feuer genommen. Noch längere Zeit nach der Beschießung wurde ein starker Brand in der Stadt beobachtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Ein japanischer Zerstörer schwer beschädigt.

Kopenhagen, 21. Juni. Aftonbladet meldet aus London: Der Marineattaché der japanischen Botschaft in London meldet: Der japanische Torpedojäger Sakaki, der zu einer japanischen Torpedoflottille gehört, griff am 11. Juni im Mittelmeer ein feindliches U-Boot an. Der Sakaki wurde aber vom Feinde torpediert und verlor 55 Mann seiner Besatzung. Es gelang aber indessen, ihn in einen Hafen zu schleppen.

Sakaki ist ein ganz neues Schiff. Es ist 1915 vom Stapel gelaufen, hat 800 Tonnen Wasserverdrängung und läuft 33 Knoten in der Stunde.

Aus dem Westen.

Eine neutrale Stimme über die Kriegslage.

(W. T. B.) Rotterdam, 20. Juni. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant bringt in seiner Abendausgabe vom 18. Juni folgende bemerkenswerte Auslassung: Was kann die Entente noch mehr tun, als sie im Frühjahr 1917 in Flandern und nördlich der Aisne und in der Champagne getan hat? Könnte sich Italien noch mehr anspannen als in der zehnten Isonzo-Schlacht? Kann etwa Rußland Bedeutendes unternehmen, solange die Zerrüttung im Reich und im Heer immer zunimmt und der Soldatenrat über die Regierung bestimmt? Was kann Sarrail noch in Mazedonien ausrichten? Ferner muß man fragen, wo die weiteren Kriegsberichte über Kriegsereignisse in Südpalästina, Mesopotamien und Armenien bleiben. Die Alliierten müssen die Strategie ihrer Operationen auf allen Fronten prüfen und sind in ihren Erwartungen von dem Frühjahrsfeldzug 1917 jämmerlich enttäuscht. Was können die Alliierten 1917 noch weiteres tun, als die örtlichen Erfolge bei Wytschaete festhalten, nachdem sich der Frühjahrsfeldzug zu Sommeranfang festgelaufen hat? Die Alliierten müssen auf die Hilfsarmee Amerikas warten, die vor allem das erschöpfte Frankreich stärken soll, und 1918 von neuem beginnen. Wenn Deutschland dann aber auch diesem Sturmlauf Widerstand bietet, wollen die Alliierten dann etwa in der äußersten Not ein japanisches Heer nach Europa rufen? Das kämpfende Europa wird so, je länger, desto mehr, zum Irrenhaus und der ganze europäische Krieg zu einem tragischen Unsinn.

Der französische Bericht.

(W. T. B.) Paris, 20. Juni, nachmittags. Gegen Ende der Nacht beschoß der Feind heftig unsere zwischen der Ailette und der Mühle von Laffaux befindlichen Stellungen. Zeitweilig aussetzende Artillerietätigkeit östlich des Gehöftes von Chevreux und nordwestlich Reims. In der Champagne war die Nacht gekennzeichnet durch große Tätigkeit der beiden Artillerien, einerseits am Tetue-Berge, wo ein feindlicher Handstreich auf unsere kleinen Posten scheiterte, anderseits in Gegend des Cornillet-Berges. Westlich dieses Berges folgte auf die Beschießung ein deutscher Angriff, der durch unser Feuer zersprengt und in die Ausgangsgräben zurückgeworfen wurde. In Lothringen Patrouillengefechte.

(W. T. B.) Französischer Heeresbericht vom 20. Juni, abends. Nach der im Nachmittagsbericht gemeldeten Beschießung zwischen der Ailette und der Mühle von Laffaux griffen die Deutschen auf einer mehr als 1 Kilometer breiten Front unsere Stellung an. Der sehr heftige, mit starken Streitkräften geführte Angriff vermochte in einem Teile unserer Schützengräben der ersten Linie östlich von Vauxaillon und südlich von Filain Fuß zu fassen. Ein anderer deutscher Angriffsversuch gegen einen vorspringenden Winkel unserer Linie östlich der Bovero Ferme, erzielte kein Ergebnis. Der Artilleriekampf war heftig zwischen Hurtebise, Chevreux und an der Verdunfront im Abschnitt von Bacharauville und Les Chambrettes.

Der Krieg mit Italien.

Der italienische Bericht.

(W. T. B.) Rom, 20. Juni. Auf der Hochfläche von Asiago beschädigten wir im Laufe einer heftigen Angriffsunternehmung während des gestrigen Tages die feindlichen Verteidigungslinien an mehreren Punkten und machten in einigen Frontabschnitten Fortschritte, wobei wir dem Feinde sehr schwere Verluste zufügten. Die tapferen Truppen der 52. Division besiegten den erbitterten feindlichen Widerstand bei sehr großen Geländeschwierigkeiten und entrissen dem Feinde die furchtbaren Stellungen in der Gegend des Berges Ortigara sowie den Gipfel der Höhe 2105. Sie machten 936 Gefangene, darunter 74 Offiziere. Zahlreiche Geschwader unserer Flugzeuge wirkten mit der Artillerie zusammen. Sie warfen große Mengen Bomben auf die unmittelbaren Zugangswege des Feindes und kehrten dann unbeschädigt zu ihren Stützpunkten zurück. An der übrigen Front zeitweilige mäßige Artillerietätigkeit. Cadorna.

Von den Balkanfronten.

Der bulgarische Bericht.

(W. T. B.) Sofia, 20. Juni. Bericht des Generalstabes. Mazedonische Front: Auf der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer, das zeitweilig im Abschnitt Dobropolje und an den vorgeschobenen Stellungen von Doiran an Stärke zunahm. Auf dem linken Struma-Ufer zwischen Butkovo- und Tahinos-See Gefechte von Aufklärungsabteilungen. — Rumänische Front: Bei Jiaccea Gewehrfeuer, bei Tulcea Artillerie- und Infanteriefeuer.

Die österreichische Krise.

Der Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinic hat zur unmittelbaren Ursache den Beschluß des Polenklubs vom letzten Sonnabend, dieser Regierung das Budgetprovisorium zu verweigern, es aber einer andern unter Umständen zu bewilligen. Ueber die Umstände, die den Polenklub bewogen könnten, seine oppositionelle Haltung aufzugeben, ist nichts genaues bekannt. Ebenso wenig wie das deutsche Zentrum liebt es der österreichische Polenklub, mit offenen Karten zu spielen und von vornherein den Umfang der Zugeständnisse anzugeben, durch die er zu einer Aenderung seiner Haltung bewogen werden könnte.

Grundsätzlich verlangt der Polenklub die sofortige Vollziehung des Versprechens vom 5. November 1916. Galizien eine staatliche Sonderstellung innerhalb des Reiches einzuräumen, sowie die Bereitstellung eines sehr großen Betrages — man spricht von 4 bis 5 Milliarden — zum Wiederaufbau des durch den Russeneinfall schwer geschädigten Landes. Nebenbei gesagt ist auch dies ein Beitrag zum Kapitel der Kriegsentschädigungen. Von Rußland wird keine erwartet, Galizien kann die Mittel allein unmöglich aufbringen, so bleiben im Grunde genommen nur Wien und die Sudetenländer, die wirtschaftlich leistungsfähigen Reichsteile, die den Schaden zu tragen haben.

Die Regierung Clam-Martinics konnte sich nicht dazu entschließen, ein letztes Wort über die künftige Stellung Galiziens zu sprechen, da das galizische Problem mit der gesamtpolnischen Frage in engstem Zusammenhang steht, deren Lösung noch vollständig in der Luft schwebt. Ebensowenig hat sie sich dazu entschließen können, die polnischen Entschädigungsansprüche in vollem Umfange anzuerkennen. Der Polenklub hat nun mit einem kühnen taktischen Griff seine Rolle als Zünglein an der Wage auszunützen versucht. Stimmt er gegen das Budgetprovisorium, dann bilden dessen Gegner, die deutschen Sozialdemokraten und die slawischen Parteien, die Mehrheit, das Budgetprovisorium fällt, und der Versuch, Oesterreich auf die Bahnen eines geordneten Verfassungslebens zurückzuleiten, wäre damit gescheitert.

Die Regierung Clam-Martinics hat die Verantwortung für eine so katastrophale Wendung der österreichischen Politik nicht auf sich nehmen wollen und hat darum ihren Abschied eingereicht. Ob Graf Clam-Martinic mit einem rekonstruierten Kabinett wiederkehrt oder ob eine Erneuerung an Haupt und Gliedern erfolgen soll, steht noch nicht fest. Fest steht nur, daß für die Annahme des Budgetprovisoriums so rasch wie möglich, ja noch in dieser Woche, eine Mehrheit gebildet werden muß, wenn das kaum erst wieder erwachte Parlamentsleben nicht wiederum in den Todesschlaf versinken soll. Das aber wäre ein Ausgang, den Oesterreich und seine Völker einfach nicht mehr ertragen könnten. Das Parlament muß lebensfähig bleiben, und für das Budgetprovisorium muß eine Mehrheit aufgebracht werden. Die Lebensnotwendigkeit des Staates verlangt es.

Wenn unter solchen Umständen ein gewisser Teil der deutschen Presse ein wildes Geschimpfe über die österreichischen Slawen im allgemeinen und über die Polen im besonderen erhebt, so ist das das Törichtste, was man tun kann. Man tut besser, wenn man die österreichischen Zustände und die Stimmungen der slawischen Völker Oesterreichs zu begreifen versucht. Die Slawen Oesterreichs haben in diesen Kriegsjahren ein voll gerüttelt Maß der Leiden zu tragen gehabt, und ihre Stimmungen haben wiederholt zwischen den schwärzesten Befürchtungen und den rosigsten Hoffnungen heftig geschwankt. Jetzt hat ihnen die Gesamtlage der Welt, die russische Revolution und der, wenigstens theoretisch allgemein anerkannte Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu neuem Kraftbewußtsein verholfen. Eine deutsch-zentralistische Politik gegen sie würde zwar den Gefühlen des bürgerlichen Deutschtums entsprechen, ist aber vollkommen undurchführbar, so daß auch hier das Wort gelten muß: Wenn man nicht überwältigen kann, muß man sich verständigen.

Es wird die Aufgabe der neu zu bildenden österreichischen Regierung sein, diese Verständigung mit dem Slawentum zu suchen. Damit ist nicht gesagt, daß die Verständigung zugleich mit allen slawischen Völkern erfolgen müßte. Das polnische, das tschechische und das südslawische Problem können als voneinander getrennte Gebiete behandelt werden. Ein allslawisches Solidaritätsinteresse in Oesterreich gibt es nicht. Die Tschechen denken nur mit Unbehagen an eine staatliche Sonderstellung Galiziens, die den zahlenmäßigen Einfluß des Slawentums im Reichsrat, und damit auch den tschechischen Einfluß verringern würde. Auch davon, daß sie die Lasten des Wiederaufbaus von Galizien zu erheblichen Teilen tragen sollen, sind sie nichts weniger als begeistert.

Es wäre also ganz gut zu denken, daß die neue Regierung die Verständigung nicht bei den Polen, oder wenigstens bei ihnen nicht in erster Reihe, sondern mit andern slawischen Völkern suchen könnte. Die deutsch-tschechische Frage ist das österreichische Kernproblem: Von seiner Lösung hängt alles übrige ab.

Hier aber hat die Regierung Clam-Martinic vollständig versagt. Sie hat sich mit einigen allgemeinen Redewendungen begnügt und nicht den Ehrgeiz gezeigt, die Führung einer Politik zu übernehmen, die auf eine Verständigung zwischen den beiden Hauptvölkern Oesterreichs gerichtet ist. Darum steht sie den Ansprüchen der Polen wehrlos gegenüber, und muß schon aus dem Beschluß des Polenklubs, ohne erst eine Abstimmung vom Parlament abzuwarten, die Konsequenzen ziehen.

Daß die neue Regierung Oesterreichs eine glücklichere Hand zeige, fordert nicht bloß das Interesse Oesterreichs, sondern auch das Interesse Deutschlands. Für Deutschland ist es verhältnismäßig gleichgültig, ob in Koritschan und Komotau deutsche oder tschechische Gemeinderats-Mehrheiten regieren und ob die Akten, die von Leitmeritz nach Prag und zurückgehen, deutsch oder tschechisch geschrieben sind. Deutschland hat aber das stärkste Interesse daran, daß Oesterreich jetzt als Ganzes seine Leistungsfähigkeit beweist und damit die utopischen Pläne zur Lösung der österreichischen Frage, die im Ententelager gesponnen werden, außer Kurs setzt. Oesterreichische Wirren wirken kriegverlängernd. Oesterreichs Neuordnung bedeutet einen wichtigen Schritt zum Frieden.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 22. Juni.

Verwaltungsreform aus Zweckmäßigkeitsgründen. Im roten Tag beschäftigt sich Geh. Oberregierungsrat Dr. Strutz Senatspräsident am preußischen Oberverwaltungsgericht, mit dem Beamtenproblem nach dem Kriege. Er tritt für besondere Ehe- und Kinderzulagen ein. Weiter verlangt er eine Umge-

Landesbibliothek Oldenburg

staltung des gesamten Beamtenwesens. Es müßten weniger, aber dafür unbedingt leistungsfähige Beamten eingestellt werden, die gut zu besolden wären. Der Staatsbürger müßte sich mit weniger Instanzen begnügen, dafür aber die Gewähr einer richtigeren Entscheidung schon bei den unteren und mittleren Behörden haben. Damit vertrage sich sehr wohl eine Verminderung der Behörden. Es sei z. B. ein Luxus, wenn in Preußen an der Spitze von Bezirken mit einem paar Hunderttausend bis herab auf 71 000 Einwohnern Regierungspräsidenten, noch dazu mit derselben Besoldung, stehen, wie an der Spitze von Bezirken mit Millionenbevölkerung. Es würde überhaupt für die allgemeine Verwaltung zwischen Kreis- und Ministerialinstanz eine Mittelbehörde, Oberpräsident oder Regierungspräsident, genügen. Ebenso könne durch Vereinfachung der Verfahrens und durch Beseitigung von für die Beamten reizlosem Klein- und Formelkram an Beamten gespart, und es könnten den sehr tüchtigen mittleren Beamten viele jetzt von höheren besorgte Geschäfte übertragen werden, wodurch nicht nur an Besoldungen gespart, sondern auch Ansehen, Verantwortungsgefühl und Berufsbefriedigung der mittleren wie der höheren Beamten erhöht würde.

Vereinheitlichung des Gesundheitswesens. Im Berl. Tageblatt tritt Prof. Dr. med. A. Grotjahn für ein Ministerium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge ein, wie ein solches in Oesterreich jetzt geschaffen wird. Jetzt ruhe in Deutschland der Schwerpunkt des Medizinalwesens bei den einzelnen Bundesstaaten; im Reiche zeige sich aber auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ein Mangel an Einheitlichkeit, der nach Abhilfe schreie. So könnten das Reichsgesundheitsamt, das Reichsversicherungsamt, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, das Aufsichtsamt für Privatversicherung, das Bundesamt für Heimatwesen und das Reichskommissariat für das Auswanderungswesen zu einem besonderen Reichs-Staatssekretariat für Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen zusammengefaßt werden. Einige dieser Aemter könnten, wie die im Keim verfehlte Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, bei dieser Gelegenheit ganz verschwinden, während andere, wie etwa das Bundesamt für Heimatwesen, durch Angliederung der Siedlungsgeschäfte zu erweitern wären. Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariat würden Reichsgesundheitsamt und Reichsversicherungsamt haben.

Die Ernteaussichten in Rumänien und Bulgarien. Nach einer Meldung von W. T. B. hat der bulgarische Ministerpräsident Radoslawoff dem Chefredakteur des Wiener Fremdenblattes sich darüber folgendermaßen ausgelassen: Dem Kriegsausgang sehe ich voller Zuversicht entgegen. Es ist ausgeschlossen, daß das russische Heer noch eine größere Offensive unternimmt. Die Ereignisse in Griechenland können die Lage im Balkan nicht mehr ändern. Auch mit Hilfe der griechischen Truppen wird Sarrail keine nennenswerten Erfolge erzielen. Bulgarien wird mit Einwilligung des Königs Konstantin die besetzten griechischen Gebiete festhalten, ob nun Venizelos Ministerpräsident oder vielleicht auch Präsident einer griechischen Republik werden sollte. Die Ernte Bulgariens ist vorzüglich. In Rumänien ist sie ganz vortrefflich, so daß ein etwaiger Ausfall bei den Mittelmächten gutgemacht werden könnte. Bulgarien ist jedenfalls entschlossen, alles, was es entbehren kann, den Verbündeten zur Verfügung zu stellen.

Die Erntearbeit in Rumänien. Für die noch in diesem Monat beginnende Getreideernte Rumäniens sind, wie der Kreuzzeitung berichtet wird, auf dem deutschen Okkupationsgebiete der Großen Walachei alle Vorkehrungen getroffen, um eine rasche Einbringung sicherzustellen. Die für die Bestellung eingerichteten Ackerbauabteilungen, die unter der Leitung deutscher Wirtschaftsoffiziere, zumeist Berufslandwirte, stehen, bleiben für die Erntearbeiten in Tätigkeit. Die Einwohnerschaft ist in Stammrollen aufgenommen und in Arbeitskompagnien eingeteilt. Die Kriegsgefangenen arbeiten ebenso wie die freien Landbewohner unter der deutschen Armeeleitung für einen höheren Lohn als in Friedenszeiten. Die rumänischen Großgrundbesitzer, Pächter und Bauern sind von der Militärverwaltung oder dem wirtschaftlichen Verbande strenge angewiesen, alle Vorkehrungen für eine rasche Ernte zu treffen und wegen fehlender Gerätschaften und Arbeiter rechtzeitig vorstellig zu werden, da alsdann die Militärbehörde für diese sorgen wird. Dem wirtschaftlichen Verband sind genaue Angaben über die Erntemenge zu machen. Für schnelle Ablieferung von Erzeugnissen der neuen Ernte sind Prämien ausgesetzt worden.

Eine gemeinsame Eingabe zur Regelung des Fachschulwesens haben auf Anregung der Gesellschaft für Sozialreform fast alle größeren wirtschaftlichen Verbände an den Reichskanzler und die Regierung und die Ministerien der Bundesstaaten gerichtet. Neben der Generalkommission der Gewerkschaften und sämtlichen modernen Arbeiter-Organisationen haben alle kaufmännischen Vereinigungen der verschiedensten Richtungen, alle Frauenorganisationen und selbst der Bund der Landwirte unterzeichnet. Der Reichskanzler wird in der Eingabe gebeten, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Kriegsverordnung zur Regelung des Fachschulwesens zu erlassen zum „Schutz gegen die wirtschaftlichen Schädigungen durch ungeeigneten Unterricht auf gewerblich industriellem Gebiet". Durch minderwertige Fachschulen erlitten die einzelnen urteilslosen Lernenden erhebliche Verluste an Zeit und Geld, zahlreiche junge Leute würden in Berufe gelockt, für die sie sich nicht eignen, und ein Ueberangebot mangelhaft ausgebildeter Kräfte erzeugt, daß die planmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeitskraft aufs schwerste bedrohe. — Eine Antwort auf diese Eingabe ist noch nicht erfolgt, aber die preußischen Verwaltungsbehörden haben schon einige zweifelhafte Institute geschlossen.

Schweiz.

Die Ausschreitungen in Genf und Lugano. Der Bericht des deutschen Vertreters, den die Nordd. Allgem. Ztg. veröffentlicht, stimmt mit den amtlichen schweizer Berichten überein. Sowohl die Genfer Regierung als das politische Departement haben bei dem deutschen Generalkonsul ihr Bedauern über den Vorfall ausgedrückt. Das kaiserliche Wappenschild, das die Polizisten vor der Vernichtung bewahrt haben, ist am deutschen Konsulatsgebäude wieder aufgehängt worden. Von den fünfzehn festgenommenen Demonstranten sind dreizehn Welschschweizer, ein Deutschschweizer und ein Italiener. Alle sind ganz junge Burschen. Der Hauptschuldige, der bereits verhaftet und nach dem Polizeigebäude abgeführt worden war, konnte entkommen, und flüchtete über die französische Grenze. Auch die französisch geschriebene Presse äußert Bedauern über die kompromittierenden Ausschreitungen, für die man einige Dutzend Fanatiker und junge Burschen verantwortlich macht. — Unerquicklicher sind die Vorkommnisse in Lugano. Dort hat die Demonstration gegen den König von Griechenland den Anstoß gegeben, zu weiteren welschfreundlichen Demonstrationen. Auch wird die Angelegenheit des Bundesrats Hoffmann damit verbunden. Wie der Berner Bund meldet, fand am Mittwoch in Lugano eine von Tausenden besuchte Volksversammlung statt, an der auch der Stadtrat von Lugano offiziell teilnahm. Gegen den Bundesrat wurden die wütendsten Angriffe vorgebracht. In verschiedenen Ortschaften in Tessin kam es neuerdings zu Demonstrationen. Wie die Züricher Post meldet, fordern die Tessiner Zeitungen einstimmig, daß Bundesrat Hoffmann unter Anklage gestellt werde. Sie verlangen, daß der Bundesrat von sich aus auf seine Vollmacht verzichte, und daß der General und der Generalstabschef zurücktreten.

Basel, 21. Juni. Nach einer Schweizer Blättermeldung beschloß der Bundesrat, die ernstesten Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Kundgebungen zu der Affäre Hoffmann zu verhindern. Die Genfer und Tessiner Staatsbehörden wurden amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß es ihre Pflicht sei, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Wiederholung solcher neutralitätswidriger Demonstrationen zu vereiteln. Der Bundesrat behielt sich ein eigenmächtiges Eingreifen bis zur Prüfung und Erledigung der Zwischenfälle vor.

Zum Fall Grimm-Hoffmann. Aus Stockholm wird gemeldet: Ueber die Vorgeschichte des Falles Grimm-Hoffmann wird bekannt: Von der Staatsdepesche Hoffmanns an den schweizerischen Gesandten Odier in Petersburg verschaffte sich die englische Regierung Kenntnis. Sie besaß auch den Chiffreschlüssel und legte die dechiffrierte Depesche der provisorischen russischen Regierung vor, die daraufhin gegen Grimm vorging.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, zieht auch dort die sogenannte Angelegenheit Grimm immer weitere Kreise. Grimm, der am 19. Juni in Stockholm eingetroffen ist, erhielt durch Vermittlung der schwedischen linkssozialistischen Parteileitung ein vom 17. Juni datiertes Sympathietelegramm der Petersburger internationalen Sozialistengruppe, die sich dem Widerspruche der Maximalisten gegen die Ausweisung Grimms anschließt. — Aftonbladet erfährt über Haparanda, daß der schweizerische Gesandte in Petersburg auf Grund der Grimm-Affäre heimberufen wurde.

Holland.

Arbeiterausstände. Der Allgemeine niederländische Bergarbeiterverband hat Mittwoch abend mit dem Beginn am Donnerstag den Ausstand proklamiert. Bei der Kohlennot in Holland muß ein solcher Streik verhängnisvolle Wirkungen auslösen. Die Arbeiter verlangen eine Neuregelung der Löhne, Einführung von Mindestlöhnen und Verkürzung der Unter-Tag-Arbeit (Achtstundentag). Inzwischen dauert auch der Streik der Schauerleute im Hafen von Rotterdam fort, der die Lebensmittelversorgung der Niederlande ernstlich gefährden kann, weil das Getreide, das in den Schiffen liegen bleibt, in dieser Zeit rasch dem Verderben verfällt. In diesem Streik sind 4000 bis 5000 Mann beteiligt, doch besteht Aussicht, daß er am Sonntag beendet wird.

Lokales.

Rüstringen, 22. Juni.

Deutscher Städtetag und Kohlenversorgung.

Die am letzten Sonnabend gefaßte Entscheidung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zur Kohlenversorgung hat folgenden Wortlaut:

„Die Versorgung der Städte mit dem dringendsten Bedarf an Brennstoffen beansprucht nur einen geringen Teil der deutschen Kohlenerzeugung, ist aber für die städtische Bevölkerung genau so wichtig wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Während es Aufgabe nur der Stadtverwaltungen sein kann, nach Maßgabe der den Städten zugewiesenen Kohlenmengen den Verbrauch durch die Bevölkerung zu regeln, ist es Aufgabe nur des Reichs, die Kohlenförderung mit allen Kräften zu steigern und die Heranschaffung des den Städten zukommenden Anteils sicherzustellen. Hierzu bedarf es schnellsten und von größter Tatkraft getragenen Handelns, insonderheit so, daß die Sommermonate mit der verhältnismäßig geringen Belastung der Eisenbahnen zielbewußt ausgenutzt werden. Da die bisher bekannt gewordenen Maßnahmen der zentralen Stellen nicht als zulänglich erachtet werden können; da auch der Versuch des Vorstandes des Deutschen Städtetages, dem Reichskanzler durch eine Abordnung das ganze Schwergewicht der Frage zu entwickeln, bisher einen Erfolg nicht gehabt hat: so muß sich der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages für verpflichtet halten, mit stärkstem Nachdruck auf die überragende Wichtigkeit der Brennstoffversorgung der Städte hinzuweisen. Die Herbeischaffung des Brennstoffes für die Bedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung bei selbstverständlicher Beschränkung auf das Notwendigste steht in einer Linie mit der Belieferung der Rüstungsindustrie."

Wie wir erfahren, ist inzwischen der Leiter der Reichsstelle für die Kohlenverteilung, Geheimer Bergrat Fuchs, aus seinem Amt geschieden.

•

Auf der hiesigen Gendarmeriestation lagert ein Sack roher Kaffeebohnen, die von einem Diebstahl herrühren. Eigentümer wolle seine Ansprüche geltend machen.

Festgenommen wurde im Warenhaus von Gebr. Leffers eine Frau nebst Tochter, die dort beim Einkaufen Stoffe und ein Paar Strümpfe entwendeten.

Ein frecher Diebstahl ist vor einigen Tagen im Fort Schaar ausgeführt worden. Es wurde aus dem Wallgraben das dem Hauptmann Linde gehörige etwa 40 Meter lange und 1,30 Meter breite Stellnetz gestohlen.

Gefunden in der Genossenschaftsstraße ein Portemonnaie, enthaltend Käsekarten und Bargeld. Näheres zu erfragen in der Expedition unseres Blattes.

Gegen Preistreiberei in Bienenhonig. Die wieder einsetzende spekulative Preistreiberei in Bienenhonig wird es voraussichtlich nötig machen, in nächster Zeit Höchstpreise für Honig festzusetzen. Zugleich sollen alle bisher über Höchstpreis abgeschlossenen Verträge über Lieferung von Honig für nichtig erklärt werden. Vorsicht bei Abschluß solcher Verträge ist also schon jetzt zu empfehlen.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Kriegswohlfahrtsspiele im Parkhaus. Zu dem morgen abend zur Aufführung kommenden Schwank mit Gesang sind in den Hauptrollen beschäftigt: Maria Burke — Helene Fröse, Käte Werner, Johanna Schrao und Elise Kana, sowie die Herren Born, Baarewick, Schröder Sehmer Jost. Die Musik stellt das Musikkorps der 2. M.-D. Beginn der Vorstellung 8.15 Uhr.

Aus aller Welt.

Zwei Sägewerke niedergebrannt sind in Strelitz. Die Besitzer heißen Th. Weiland u. Sohn und Emil Grimm. Dabei sind nebst großen Vorräten an Holz, Bohlen und Brettern gegen 100 000 fertige Kartoffelkisten dem Großfeuer zum Opfer gefallen, das vermutlich durch Warmlaufen eines Lagers in dem Sägeabstellapparat bei Weiland entstanden ist. Der Schaden beläuft sich auf 800 000 bis 1 Million Mark.

Eine entsetzliche Bluttat spielte sich im Armenhause zu Neubrandenburg ab. Hier sind im Armenhause die kriegsgefangenen Ausländer untergebracht. Sie werden von einer Bewachungsmannschaft einer Landsturmkompagnie beaufsichtigt. Einer dieser Wachleute, der Landsturmmann Wilhelm Strulik aus Oberschlesien, befand sich gerade in einem Gefangenenzimmer und hantierte mit seinem Gewehr. Unmittelbar vor dem vergitterten Fenster dieses Zimmers befand sich eine Schar junger Mädchen, die mit dem Aufschichten von Briketts auf dem Hofe beschäftigt war. Strulik legte zunächst scherzweise auf diese Mädchen an, nahm dann aber plötzlich einen Rahmen mit fünf scharfen Patronen aus der Tasche, den er in sein Gewehr steckte und schoß. Die Kugel traf zunächst einen Gitterstab des Fensters, zersplitterte diesen und traf dann die 20 Jahre alte Arbeiterin Martha Zeißner, die, am Hals getroffen, tot zu Boden stürzte. Ein zweites Mädchen namens Erna Braun, 16 Jahre alt, wurde durch denselben Schuß an Kopf und Brust schwer verletzt. Die 17jährige Else Bünger erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an der Hand. Der Landsturmmann wurde sofort in Haft genommen.

Eine Familientragödie. Die verwitwete Frau des Handelslehrers Hannebohm in Spandau ertränkte ihren 9jährigen Sohn und ihre 5jährige Tochter in der Badewanne und erhängte sich selbst. Wie es heißt, war Frau Hannebohm schon seit einiger Zeit nicht ganz klaren Geistes und bereits in einer Heilanstalt, wohin sie jetzt wieder überführt werden sollte. Die Leichen sind zunächst beschlagnahmt worden.

Auch die Kaiserglocke im Kölner Dom. Wie alle entbehrlichen Kirchenglocken, muß nun die am 30. Juni 1887 gegossene 543 Zentner schwere Kaiserglocke an die Metallsammlung abgeliefert werden. Da durch das autogene Scheideverfahren zuviel Kupfer verbrennen würde, wird die Glocke gebohrt und von Loch zu Loch zersägt, was 8 Wochen beansprucht. Das Metall zu der Glocke haben 22 eroberte französische Geschütze von 70/71 geliefert. Der Guß kostete 21 000 Mk. Das Domkapitel hat die Glocke unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Schweres Brandunglück in Böhmen. Die an der Sprachgrenze in Böhmen gelegene deutsche Gemeinde Groß-Bocowitz ist, wie aus Königgrätz berichtet wird, vollständig abgebrannt.

Schlechte Ernteaussichten in Schweden und Dänemark. Die Ernteaussichten Schwedens und Dänemarks sind zurzeit infolge der großen Trockenheit sehr düster. In ersterem Lande waren fast überall die Niederschläge im Monat Mai bedeutend unter dem Normalen, ganz besonders litten darunter Nordschweden, große Teile Mittelschwedens, sowie die westliche Küste. Das Wachstum ist sehr verspätet und unentwickelt. Sollte der Regen fortwährend ausbleiben, so dürfte das Land mit einer Mißernte rechnen müssen. Auch in Dänemark sind die Aussichten sehr schlecht. Die Heuernte dürfte fehlgeschlagen sein. Die Zuckerrüben stehen vielerorts unbefriedigend. Vor acht Tagen waren die Aussichten auf eine gute Ernte noch ziemlich günstig. Seitdem ist die Lage sehr ernst geworden. Bald einsetzende ausgiebige Niederschläge würden noch eine Besserung herbeiführen können.

Landesverrat zur Aufbesserung schlechter Vermögensverhältnisse. Wegen versuchten Landesverrats hatte sich in zweitägiger Verhandlung am Donnerstag und Freitag der österreichische Staatsangehörige Kaufmann Heinrich Gellert vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Der aus Stanislau in Galizien zugewanderte G. wohnte bei Kriegsausbruch in Dresden. Nach Ausbruch des Krieges wurde eine Anzahl österreichischer Militärärzte nach Deutschland gesandt, um die hier sich aufhaltenden österreichischen Staatsangehörigen auf ihre Militärtauglichkeit zu prüfen. Der Angeklagte war an sie herangetreten mit dem Ansinnen, gegen eine hohe Belohnung solche gestellungspflichtigen Personen, hauptsächlich galizische Juden, für dienstuntauglich zu erklären. Erfolg hat er damit nicht gehabt. Gehandelt hat er in der Absicht, seine schlechten Vermögensverhältnisse aufzubessern, denn seine Landsleute hatten ihm erhebliche Summen für den Fall des Gelingens seines Unternehmens versprochen. Wäre der Plan des Angeklagten gelungen, so wäre eine Reihe von tauglichen Soldaten dem Heere des verbündeten Oesterreich-Ungarn entzogen und dadurch der Wehrmacht dieses Landes und zugleich des Deutschen Reiches Nachteil zugefügt worden. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust. Bei der Ausmessung der Strafe wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte mit einer unglaublichen Frechheit trotz vollen Beweises seine Schuld bestritten und dadurch die Aburteilung hinausgeschoben hat. Von der Untersuchungshaft wurden ihm deshalb nur sechs Monate auf die Strafe angerechnet.

Neueste Nachrichten.

Vom U-Boot-Krieg.

(W. T. B.) Berlin, den 21. Juni. (Amtlich). Im atlantischen Ozean wurden neuerdings eine Reihe feindlicher Handelsschiffe mit wertvoller Ladung durch unsere Unterseeboote vernichtet. Unter den versenkten Dampfern befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer Drumcliffe 4072 Br.-Reg.-Tonnen mit Kriegsmaterial nach Rußland, Cartarthenia 5160 Br.-Reg.-Tonnen mit Hafer und Esneh 3247 Br.-Reg.-Tonnen mit Stückgut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Die Gründe für die Aenderung könnten Sie längst erfahren, wenn Sie an den Verhandlungen darüber, wie sie in Versammlungen des Metallarbeiterverbandes geführt worden sind, teilgenommen hätten. Hier sie auseinanderzusetzen ist nicht der Ort.

Hochwasser.

Sonnabend den 23. Juni: vorm. 4.30 Uhr, nachm. 4.35 Uhr.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Apollo-Lichtspiele

12 Marktstrasse im Hause Franziskaner

Ab heute Freitag:

Die Sensation der Woche!

Harry Higgs
der rühmlichst bekannte Meisterdetektiv in seinem neuesten Abenteuer

Mein ist die Rache!!

Detektivsensation in 4 Akten.

Lustspiel! Lustspiel!

Das Telefonkätzchen

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Dazu das übrige 1962

unerreichte Programm!

Vorzügliches Orchester.

Nachlaß-Versteigerung.

Am Dienstag, den 26. Juni, nachm. 2 Uhr,

soll in der Versteigerungshalle bei **Rath**, Ecke der Börsen- und Mitscherlichstraße, der gesamte Nachlaß des verstorbenen Werkmeisters Schlösser in Rüstringen öffentlich meistbietend versteigert werden.

Es kommen zum Aufgabe:
1 Sofa, 1 Sofatisch, 1 Vertikow, 1 Schreibtisch, 1 Serviertisch, 1 Spiegel mit Schrank, 1 Bauerntisch, 1 Regulator, 1 Bücherständer, 1 Wanduhrte, 1 Nähmaschine, 1 zweit. Kleiderschrank, 7 Rohrstühle, 2 Stubenteppiche, 1 Küchenschrank, 2 Küchentische, 1 Bettstelle mit Matratze, 2 Oberbetten, 2 Unterbetten, mehrere Kopfkissen, 1 Waschtisch mit Platte, 1 Chaiselongue, 4 Fach Fenstergardinen, 1 Einkochapparat mit 10 Gläsern, 1 Schraubstock, 1 Wringmaschine, 1 Photographieapparat und noch sehr viel anderes Haus- und Küchengerät. [1960

Käufer wollen sich mit Kleingeld versehen.

Schwitters, amtl. Aukt.

Wegen Personalmangel

sehen sich nachstehende Geschäftsinhaber gezwungen, vom 23. Juni cr. ab ihre Geschäftsräume

von 1 bis 3 Uhr

für die Dauer des Krieges zu schliessen.

Otto Becker, Wilhelmsh. Strasse 56
Fritz Bock, Peterstr. 94
Anton Brust, Wilhelmsh. Strasse 110
Jul. Büttner, Marktstr. 46
B. v. d. Ecken, Wilhelmsh. Strasse
B. v. d. Ecken, Bismarckstr.
J. Egberts, Gökerstr. 25
H. Fuss, Gökerstr. 29
J. H. Frerichs, Börsenstr. 57
H. A. Garlichs, Marktstr. 47
Peter Höfken, Gökerstr. 49
M. Jacobs, Wilhelmsh. Strasse 57
W. Johde, Marktstr. 65
M. Kariel, Wilhelmsh. Strasse 6
Gustav Kaiser, Wilhelmsh. Strasse 73
Gebr. Leffers, Wilhelmsh. Strasse
Fr. Nietsch, Hafenstr. 2
Paul Nitschke, Wilhelmsh. Strasse 23
Carl Pape, Wilhelmsh. Strasse 25
A. Peters, Gökerstr. 58
Clara Sagan, Marktstr. 22
Elisabeth Siemer Ww., Wilhelmsh. Str. 2
R. Sonnek, Gökerstr. 63
H. Stegemann, Marktstr. 42
Strauss & Co., Marktstr. 40
K. Vogelsang, Gökerstr. 68
Fritz Vollers, Marktstr. 42
M. Witt, Gökerstr. 63 1948
Wilh. Wolf, Wilhelmsh. Strasse 62.

Am Sonntag den 1. Juli

ist für Wilhelmshaven-Rüstringen zum Besten des Roten Kreuzes und der Kriegshilfen der beiden Städte ein

Rosentag

geplant. Junge Mädchen, die sich dabei beteiligen wollen, werden gebeten, sich bei Frau Bürgermeister Barlelt, Roonstrasse 57, Frau Oberlehrer Dr. Brandes, Königstrasse 100, Frau Geheimrat Demski, Bismarckstrasse 145, Frau Bürgermeister Dr. Lucken, Rosenstrasse 7, Frau Nathensiedt, Peterstr., Frau Pastor Toenniehen, Neuende, Pastorei, zu melden

---

Verband der Maler, Lackierer

und verw. Berufe, Filiale Wilhelmshaven.
Bureau: Rüstringen, Mitscherlichstr. 46, geöffnet von 7—8 Uhr abends.

Achtung! Maler! Achtung!

Freitag den 22. Juni, abends 8 Uhr, bei **Hatweland**, Grenzstr. 38:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere diesjährige Teuerungszulage (Referent Kollege Bech aus Hamburg).
2. Maler- und Anstreicherfragen.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen, auch der auf der Werft beschäftigten, in dieser Versammlung unbedingt notwendig.

1909 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Turn-Verein Germania.

Sonnabend, 23. Juni, abends 8½ Uhr:

Versammlung

im **Siebethsburger Heim.**

Die Tagesordnung enthält wichtige Punkte, daher ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Zu verkaufen

1 Bettstelle, 1 Bücherborte, Zither, Kohlenofen, Bilder 2c.
Gouack, Wilhelmshaven
Deichstraße 15, I. [1942

Theater Burg Hohenzollern

Vornehmstes Spezialitäten-Theater

Jeden Abend:

Grosser Erfolg!

Die Posaune v. Jericho
Raimund Co.

Georg, der fallende Mensch

Max und Moritz
die radfahrend. Affen.

Anfang 8 Uhr pünktl. Vorverkauf von 10 bis 1 Uhr und von 5 Uhr nachmittags an. Theaterfernspr. Nr. 27

Adler

Theater [1953
Direktor Karl Mennen.

Heute und folgende Tage:

Der Vogelhändler!

Operette in 3 Akten von Carl Zeller.
Kürfürstin: **Else Major.**

Sonnabend vormittag nehme meine Praxis 1951 wieder auf.

Dr. med. Paasch.

Starkes Herrenfahrrad billig zu verkaufen. Näheres Café Neuland, Grenzstr. 20.

Guterhalt. Fahrrad
zu verkaufen. 1955
A. Renß, Gerichtstr. 53, II.

Möbliertes Zimmer
für 2 Herren zu verm. Siebethsburger Str. 7 b, 1. Et. l.

Arbeiterinnen
gesucht.
Ahlers Tauafabrik.

Näherinnen
sucht **H. Jacobs**
Bremer Straße 23 und
1947] Peterstraße 25.

Die Kriegs- u. Volksküchen

sind am **Sonntag den 24. Juni** geöffnet in der

Kaiserstraße, Mellumstraße
Bremer Straße, Friederikenstraße

von **11.30 Uhr vormittags** ab.

1959 **Die Küchenverwaltung.**

Frische Fische

Seezungen, Steinbutt, Tarbutt
Schollen, Schellfische
Räucherfische, Granat

Täglich zu billigen Preisen ohne Fischkarte erhältlich. 1858

„Freiwillige Kriegshilfe"
Abteilung Hochseefischerei
Wilhelmshaven, Königstraße 24, Laden.

Volksküchen

Mellumstraße u. Alnenstraße Kaiserstr., Friederikenstr.
Bremer Str., Bismarckstraße. Börsenstr., Marktthalle Bant.

Sommer-Fahrplan 1917

Preis 10 Pf. zu haben bei

Paul Hug & Co.

Möbel Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Kinderwg. u. Waschtische. Billig zu verkaufen. **Schade**, 1915] Rüstr., Grenzstr. 54.

Kriegs-Wohlfahrts-Spiele

Parkhaus.

Sonnabend den 23. Juni abends 8.15 Uhr:

Bis früh um fünfe!

Schwank mit Gesang in 3 Akten von Kren u. Lipschütz. Musik von Paul Lincke.
Spielleitung: Curt Born.

Sommerpreise: Sperrsitz 2.00 M, Parkett 1.00 M, 1. Platz 0,50 M, Stehplatz 30 ₰.

Vorverkauf in Niemeyers Zigarrengeschäft, Ecke Göker- und Bismarckstr., und in der Buchhandlung von Lohse, Roonstr. 1913

Burg Knyphausen.

Größter und schönster Ausflugsort in der Nähe von Wilhelmshaven. 1910

Jeden Sonntag großes Militärkonzert

wozu freundlichst einladet **G. Bundkiel.**

3. Komp.: Sonnabend den 16. Juni 1917, nachmittags 4 Uhr Deckers Mühle.

Allgem. Ortskrankenkasse

des Amtsverbandes Amt Oldenburg.

Gesucht auf sofort

eine weibliche Hilfskraft für Bureauarbeiten.

Angebote sind umgehend an die Allgem. Ortskrankenkasse des Amtsverbandes Amt Oldenburg, Heiligengeistwall 11, schriftlich einzureichen. 1945

Trauerbriefe und Trauerkarten

liefert Buchdruckerei Paul Hug & Co.

Am Dienstag den 26. Juni
nachmittags 5 Uhr

findet im Singsaale der Königin-Luise-Schule (Wallstraße 29), veranstaltet vom Deutsch-evang. Frauenbund, ein Vortrag der Frau Direktorin **Meke** aus Norden über

Frauensaat und Ernte im Kriege

statt, wozu wir Mitglieder u. Gäste herzlich einladen. Im Anschluß hieran kurze Mitgliederversammlung.

Frau Stadtsyndikus Täger
1. Vorsitzende
Frau Realgymnasialdirektor Bortfeldt
2. Vorsitzende 1964

Soziald. Wahlverein Coersten. 1944

Nachruf!

Am 19. Juni entschlief unser langjähr. Mitglied

Marie Zabel
geb. Ostmann
im 44. Lebensjahre.

Wir werden der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 23. Juni nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhofe zu Coersten statt. **Der Vorstand.**

Nachruf.

Am Donnerstag, den 21. d. M. verschied nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 43 Jahren unser Arbeitskollege, der Tischler

J. Hinrichs.

Sein Andenken wird stets von uns in Ehren gehalten werden.

Die Kollegen der Tischler-Werkstatt,
Ressort VII.

Danksagung.

Allen denen, welche unserer lieben Entschlafenen das letzte Geleit gaben, und für die vielen Kranzspenden, insbesondere ihren Schulfreundinnen für die innige Teilnahme, sowie Herrn Pastor Harms für die tröstenden Worte sagen herzlichen Dank

Familie H. Remmers.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage.
31. Jahrg. Nr. 144.

Norddeutsches Volksblatt

Sonnabend,
den 23. Juni 1917.

14. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

(Eigener Bericht.)

Nürnberg, den 19. Juni 1917.

Der Genossenschaftstag wandte sich der staatlichen Kriegswirtschaft zu, über die Dr. Aug. Müller sprach. Er begründete folgende Entschließung des Vorstandes und Generalrates: „Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 18. und 19 Juni in Nürnberg erklärt, daß er sich der vielfach von der Presse und von Organen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels vertretenen Auffassung, die vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten seien auf die Ausschaltung des freien Handels zurückzuführen, nicht anschließen kann. Er ist vielmehr der Ueberzeugung, daß die Hauptaufgabe der Kriegsernährungswirtschaft, die immer knapper werdenden Nahrungsmittel gleichmäßig auf das ganze Jahr und gerecht auf alle Bevölkerungsschichten in Stadt und Land, auf Arm und Reich zu verteilen, nur durch eine zwangsläufige Organisation der Volksernährung gelöst werden kann. Stimmt der Genossenschaftstag so dem Grundgedanken unserer Ernährungswirtschaft im Kriege zu, so muß er doch andererseits betonen, daß im einzelnen seine Ausführung noch viel zu wünschen übrig läßt. Noch immer ist ein befriedigendes Verhältnis zwischen dem Verbrauch der ländlichen Erzeuger und der städtischen Konsumenten nicht erreicht. Ein umfangreicher Schleichhandel durchkreuzt die Verteilungsvorschriften und hebt für die Bevölkerungsschichten, die sich seiner bedienen, die Einschränkung der Rationierung auf. Kettenhandel und Wucherpraktiken wirken weiter und verteuern die Nahrungsmittel. Bei aller Würdigung der vorhandenen sachlichen Schwierigkeiten glaubt der Genossenschaftstag doch seine Meinung dahin zusammenfassen zu sollen, daß ein gutes Teil der vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen ist, wenn auch die Nahrungsmittelerzeuger die Anforderungen der Kriegswirtschaft mit der gleichen Entsagungswilligkeit auf sich nehmen, wie das von dem größten Teil der Verbraucher geschieht. Vor allem an diesem Punkte haben die Reformversuche einzusetzen, wobei Maßnahmen organisatorischer Art der Vorzug vor scharfem Zwange zu geben ist, obgleich auf dessen Anwendung nicht grundsätzlich verzichtet werden kann.

Die seit Kriegsbeginn für die Konsumgenossenschaften bestehenden besonderen Schwierigkeiten sind noch nicht beseitigt, trotz der Anordnungen der Zentralbehörden, die dieses Ziel im Auge hatten. Noch immer haben zahlreiche Konsumgenossenschaften darüber zu klagen, daß sie bei der Zuweisung von Waren benachteiligt werden; die bei den Mehlzuweisungen für die genossenschaftlichen Bäckereien in einzelnen Kommunalverbänden bestehenden Uebelstände dauern fort; Vorurteile und Uebelwollen gegen die konsumgenossenschaftlichen Organisationen machen sich noch bei Behörden, meistens solchen der Kommunalverbände, bemerkbar und zeitigen unerfreuliche Vorkommnisse und Benachteiligungen der Konsumgenossenschaften. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist bei der Warenverteilung beinahe ganz ausgeschaltet; ihre Einrichtungen und Kräfte, die sich so vorzüglich zur Mithilfe bei einer gemeinnützigen Warenverteilung eignen, liegen brach.

Der Genossenschaftstag legt aufs neue gegen diese Methoden Verwahrung ein. Er fordert die Genossenschaften auf, mit Unterstützung des zuständigen Revisionsverbandes alle ihnen zuteil werdenden Benachteiligungen zum Gegenstande von Beschwerden an die Behörden des in Frage kommenden Bundesstaates zu machen, um auf diese Weise eine Beseitigung der Uebelstände zu erreichen. Mit allem Nachdruck verlangt er außerdem, daß den Konsumgenossenschaften endlich der Platz im Verteilungsorganismus angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen. Endlich erhebt er die Forderung, daß Mittel und Wege gefunden werden, um auch der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die Aufrechterhaltung und den Weiterausbau ihrer geschäftlichen Beziehungen zu den Konsumgenossenschaften im Rahmen der behördlichen Verteilungsorganisation zu ermöglichen."

In der Debatte wurde im allgemeinen an der Tätigkeit des Vorstandes keine Kritik geübt. Nur weitere Klagen darüber wurden vorgetragen, daß einzelne Stadtverwaltungen die Konsumvereine bei der Verteilung der rationierten Lebensmittel planmäßig ausschalten oder benachteiligen. Selbst eine Beschwerde, die bis zum preußischen Ministerium des Innern geleitet wurde, ist dagegen erfolglos geblieben.

Dr. Müller erläuterte zugleich, daß er im Hinblick auf diese Beschwerde Schritte getan habe; die Entscheidung sei noch in der Schwebe. Die Fortführung seiner Funktionen im Kriegsernährungsamt habe er stets davon abhängig gemacht, daß die preußischen Zentralinstanzen die ihnen nachgeordneten Behörden dazu anhielten, mutwillig konsumvereinsfeindliche Maßnahmen zu unterlassen.

In seinem Schlußwort wies Kaufmann noch einmal nachdrücklich auf das in der Ausarbeitung befindliche allgemeine Genossenschaftsprogramm hin, dessen Grundzüge wir bereits wiedergegeben haben. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Ueber die Kriegssteuergesetzgebung erstattete Hugo Häflein-Hamburg Bericht. Er schilderte besonders die Kämpfe, welche die freie Vereinigung der Zentralverbände aller deutschen Genossenschaften gegen einige genossenschaftlichsfeindliche Steuervorschläge geführt hat.

Ueber den Ausbau des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens referierte Adolf Kuporecht-Berlin, der zugleich den Bericht der Fortbildungskommission erstattete. Nach dem Kriege werde es den Konsumvereinen vielfach an geeigneten Kräften fehlen, die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses sei für sie eine Lebensfrage. Auch die Fortbildung der älteren Kräfte dürfe dabei nicht vernachlässigt werden. Notwendig sei die Errichtung einer wirklichen genossenschaftlichen Schule mit halbjährigem Kursus, die junge, sorgfältig ausgewählte Kräfte gründlich in das Wesen der modernen Genossenschaftsarbeit einführe. Vorbedingung dabei sei, daß sie das Getriebe des Konsumvereins aus praktischer Tätigkeit bereits kennten. Als Ort der Genossenschaftsschule komme nur Hamburg in Frage. Daneben seien Kurse für Buchführung und Sonderkurse verschiedener Art für die Leitungen und Aufsichtsrats-Mitglieder erforderlich, ebenso Kurse, in denen die Sekretäre gegenseitig ihre Erfahrungen austauschen könnten. Auch dem Personal müsse Gelegenheit zur genossenschaftlichen Ausbildung gegeben und der Masse der Mitglieder Einsicht in das Wesen des Konsumvereins erschlossen werden.

Nachdem Frau Selma Steinbach-Hamburg eine bessere Berücksichtigung der weiblichen Kräfte empfohlen hatte, denen der Hauptanteil an der Schulung gebühre, erklärte sich der Genossenschaftstag mit diesen Grundsätzen einverstanden.

Ueber die öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher sprach sodann Reichstagsabgeordneter Fr. Feuerstein-Stuttgart, der folgende Resolution des Generalrats empfahl, die ohne Debatte angenommen wurde:

„1. Das durch den Krieg schwer geschädigte Wirtschaftsleben des deutschen Volkes bedarf für den Wiederaufbau und die zweckmäßige Organisierung zur gesunden Weiterentwicklung nach dem Kriege auch der Mitwirkung bereits organisierter wirtschaftlicher Volkskräfte. Für diesen Zweck in erster Linie, aber auch zum vorbeugenden Schutz der Verbraucherinteressen bei der wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge ist es durchaus geboten, daß auch die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher in den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Wort kommen.

2. Im Hinblick darauf scheint es als eine im Interesse der Allgemeinheit liegende dringliche und verantwortliche Aufgabe der Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten, unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß den konsumgenossenschaftlichen Verbraucher-vereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes stehende ständige Vertretung eingeräumt wird."

Lorenz-Hamburg machte Mitteilungen über den internationalen Genossenschaftsbund. Das internationale Genossenschaftsbulletin erscheine weiter und erhalte Mitteilungen von allen angeschlossenen Verbänden. Auch der leitende Ausschuß hält regelmäßig seine Sitzungen ab und hat verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt. Unter der Einwirkung des Krieges ergreift der Genossenschaftsgedanke besonders auch in Rußland weite Kreise, die ihm bisher ferngestanden haben. Deutlicher als irgend eine andere Zeit zeigt der Krieg die Ueberlegenheit des genossenschaftlichen Gemeinschaftsgedankens über die Idee des vernichtenden Konkurrenzkampfes. Der Genossenschaftler nimmt als solcher entschieden Stellung gegen Imperialisten und Annexionisten in den feindlichen wie im eigenen Lande, deren wahnsinnige Kriegsziele das Morden verlängern. Er vertritt ihnen gegenüber das Verlangen des Volkes nach Frieden, das sich auch in den feindlichen Ländern jetzt stärker rührt. Der Stockholmer Tagung bringen alle deutschen Genossenschaftler die wärmsten Sympathien und besten Wünsche entgegen. In allen Ländern muß der Ruf erschallen: Die Waffen nieder! Es lebe der Friede! (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralvereins deutscher Konsumvereine erstattet Heinr. Kaufmann Bericht, über die Tätigkeit des Tarifamtes H. Lorenz. Er bemerkte, daß die Gewerkschaften darüber Klage führten, daß manche Genossenschaften die vereinbarten Teuerungszulagen nicht zahlten. Das Tarifamt verlangt, daß die von ihm getroffenen Vereinbarungen innegehalten werden. Sei eine Genossenschaft vorübergehend dazu nicht in der Lage, so würden die Revisionsverbände helfend eingreifen.

Hierauf wird die Jahresrechnung genehmigt und die Entlastung erteilt. Für allgemeine genossenschaftliche Zwecke werden den Revisionsverbänden insgesamt 14 000 Mark zugewiesen. In die Fortbildungskommission wird anstelle des verstorbenen Genossen von Elm Goerling-Hamburg gewählt. Für die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses werden die Ersatzwahlen vorgenommen und der Voranschlag für 1918 genehmigt.

Vertreten sind auf dem Genossenschaftstag 410 Organisationen mit 913 Delegierten.

Von dem Reichstagsabgeordneten für Nürnberg, Dr. Südekum, ist ein Begrüßungsschreiben mit den besten Wünschen eingegangen.

Nach Erledigung der Arbeiten des Verbandstages spricht der Vertreter der Stadt Nürnberg den Genossenschaftlern herzliche Abschiedsgrüße aus und Vorsitzender Barth schloß die Tagung mit dem Wunsche, daß der nächste Genossenschaftstag im Frieden zusammentreten möge.

Parteinachrichten.

Herr Branting. In einer Parteiversammlung in Berlin 6 sprach Wolfgang Heine am Dienstag abend über die Friedensarbeit der Sozialdemokratie, mit der die Versammelten sich einmütig einverstanden erklärten. In seinen Darlegungen kam Heine auch auf den neuesten Fall des Zimmerwalders Grimm und des Schweizer Bundesrats Hoffmann zu sprechen. Ein heimtückischerer Schlag gegen die Friedensarbeit sei noch kaum geführt worden, als durch die Enthüllung des Stockholmer Sozialdemokraten. Dafür sei Branting, der Vorsitzende der Stockholmer Konferenzen, verantwortlich. Er stehe offen auf Seite der Entente und sei deshalb nicht geeignet, noch länger den Friedensvermittler zu spielen. Wenn Bundesrat Hoffmann zurückgetreten sei, so werde hoffentlich Branting schleunigst das Gleiche tun.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter-Verbandstag. In Köln am Rhein, nicht weit vom Mittelpunkte der deutschen Metallindustrie, wird am 27. Juni und an den folgenden Tagen die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgehalten werden. Auf der Reise nach dem billigen Köln — keine Annehmlichkeit unter den heutigen Verhältnissen! — wird ein großer Teil der Abgeordneten durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet fahren, und wenn dabei die Augen von den flüchtigen Bildern des der Kriegführung untergeordneten Treibens auch nur wenig aufzunehmen vermögen, so wird diese Streife doch Eindrücke vermitteln, die gerade zur Metallarbeitertagung

Feuilleton.

Als Zwischendeecksteward nach Südamerika.

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

3) (Nachdruck verboten.)

Der Dicke raffte seine Reste zusammen und verschwand damit noch den Kojen zu, als eine Donnerstimme hinter ihm schrie: „Goddam, die Kerle sind mit den Matratzen noch nicht fertig, die werden schließlich noch naß, das fehlte uns gerade." Es war ein Ladeoffizier, der zum Ersten gewendet fortfuhr: „Schicken Sie mir doch, bitte, mal ein paar Seeleute, damit die Kerls hier sehen, wie gearbeitet wird, es ist ja kein Fortkommen. Bleiben Sie mal hier, Sie Dicker, sonst fallen Sie selbst noch ins Wasser mitsamt den Betten. Fangen Sie mal an, den Kram in die Gestelle zu verstauen, damit es erst Luft gibt. Helfen Sie hier, was stehen Sie denn da herum?" bauchte er den atemlos vorbeilaufenden Jonny an, „und gucken Sie mich nicht so dämlich an. Wie heißt Ihr beide denn eigentlich?" Der Dicke nannte seinen Namen, doch als Jonny ein bißchen kleinlaut sagte: „Joachim", mußte er laut auflachen und wandte sich wieder dem Deck zu. Vier richtige Seeleute und der Barber schleppten jetzt die Matratzen und bald hatte sich der Vorrat derart angehäuft, daß die beiden Mühe hatten, sie schnell nach dem Unterdeck zu befördern.

„Nehmen Sie sich nur Zeit und bleiben Sie unten," mahnte Jonny, der dem Dicken ansah, wie schwer es ihm wurde. „Ich werfe einfach den Kram die Treppe hinunter und Sie nehmen drunten ab, legen dann die Matratzen in die Kojen, es wird alles nicht so heiß gegessen, wies gekocht wird. Ruhen Sie sich erst ein paar Minuten aus, hier kann uns ja niemand sehen." Beide Arme ausbreitend, warf er sich auf einen Matratzenberg, und der Dicke tat aufatmend das gleiche.

Schwüle, träge Stickluft, von Staub geschwängert, herrschte in dem muffigen Raum. Atembeklemmend war die drückende Hitze. Dem Dicken fielen alle Sünden ein. Schwere Schweißtropfen rannen ihm von der Stirn, seine Schläfen hämmerten. Du lieber Himmel, dachte er, was soll das erst unter dem Aequator und in Südamerika geben, wenn es hier schon so schrecklich anfängt. Fragend schaute er nach Jonny hinüber, der dehnte sich behaglich, und fast mitleidig meinte er: „Sie sind sicher etwas Besseres gewöhnt, das habe ich mir gleich gedacht, als ich Sie sah; aber nur Geduld, das lernt sich alles noch, mir macht das Arbeiten mit den Händen gar nichts aus, da kann ich schon ein gut Teil vertragen und werde Ihnen die Sache so viel wie möglich erleichtern. Wenn wir nur zusammenbleiben, dann wirds schon gehen." Er wollte weitersprechen, da schrie einer hinter dem verrammelten Eingang: „Was macht Ihr denn da unten, Ihr seid wohl eingeschlafen? Schafft mal den Eingang frei, damit ich runter kann, Ihr habt ja noch rein gar nichts getan. Das gibts aber nicht, wenn Ihr nicht arbeiten wollt, dann konntet Ihr bleiben, wo Ihr waret, für solche Hilfe danke ich." Wütend bahnte sich der Barber einen Weg durch die angehäuften Schlafsäcke, sein weiteres Schimpfen erstarb im Knistern des Seegrases.

Die beiden schafften nun wortlos und eifrig. Keiner nahm von dem wütenden Barrikrater Notiz, und als er merkte, daß sein Schwadronieren unbeachtet blieb, beteiligte auch er sich stillschweigend an dem Wegräumen der Matratzen.

„Zum Donnerwetter," unterbrach plötzlich der Dicke das Schweigen, „ich habe ja für mich gar keine Matratze, keine Decke, kein Laken, nichts; ich sagte schon zu Jonny, daß ich angenommen habe, man bekäme dies alles hier an Bord geliefert."

„Als ob du auf einem solchen Schundstück überhaupt schlafen könntest, sieh dir doch mal so ein Ding richtig an." Er zog eine Matratze herbei. Ganz dünnes, weißes Gewebe bildete die Umhüllung. Der Inhalt, schlechtes Seegras, lange dünne Stengel, wie Rohrdach aussehend. An der oberen Seite war ein viereckiges Kissen aus denselben Bestandteilen, gleich angenäht. „Der Kopfteil," sagte erklärend der Barber.

„Was meinst du, Dicker, wenn dein Gewicht darauf kommt, so ist das Ding gleich platt, und die viereckigen Auflageplatten zeichnen sich herrlich an deinem Allerwertesten ab. Du bist zwar abends derart kaputt, daß du auch auf der Erde einschlafen würdest."

„Na, ich werde mir zunächst doch mal eine von diesen Salonmatratzen für mein Himmelbett reservieren, immer besser als gar nichts, eine Decke muß mir der Jude besorgen," rief der Dicke Jonny zu. Und der meinte: „Ich nehme mir selbstverständlich auch eine für alle Fälle. Brauchen kann man so etwas ja immer."

„Laßt euch nur nicht vom Ersten erwischen, der paßt auf, wie ein Luchs, und wenn ihr abgefaßt werdet, er zieht sie euch unbedingt an der Heuer ab. Der Dicke wird schon die zwei Dinger bezahlen müssen, die ihm heute ins Wasser gefallen sind," mahnte der Barber. Der Dicke schnitt ihm eine Grimasse und meinte gemütlich zu Jonny: „Wir werden die Sache schon machen, was Jonny?"

Der nickte und sagte zum Barber: „Wenn du nur nicht immer alles sehen und dich um jeden Dreck bekümmern wolltest, dann würds auch ohne dich und noch viel besser gehen."

Es glaste zwölf Uhr.

„Mittag," rief der Barber, „jetzt gehen wir essen. Kommt! Aber ihr zwei habt ja immer noch kein Geschirr. Wenn der Oberkoch gerade seine Laune hat, so gibt er euch einfach nichts zu essen, den Jonny hat er mächtig auf dem Zug, der soll sich zunächst mal vor ihm in acht nehmen. Du bist auch zu frech gegen den Chef gewesen, Joachimken, und hast dir viel bei ihm verdorben, das kannst du so leicht nicht wieder gutmachen bei ihm. Sei nur jetzt ganz zahm, sonst schmeißt er dich nochmals aus der Küche. Dann kannst du aber Kohldampf schieben. Mußt wissen, solange wir keine Passagiere haben, gibts noch nichts zu verdienen, und wenn du kein Geld hast, kannst du an Bord nichts kriegen. Nur für Geld ist hier etwas zu wollen. Aber du wirst wohl nichts haben, sonst wärest du nicht hier. Ich will mal mit dem Emil sprechen, das ist der zweite und Mannschaftskoch. Vielleicht tut der etwas für euch."

Aber Jonny erwiderte ihm ganz gelassen: „Wegen mir brauchst du dich nicht anzustrengen, Barber, was ich brauche, werde ich mir schon verschaffen; ich habe mich dann bei keinem Menschen zu bedanken. Mir ists im Leben schon dreckiger gegangen, kannst mirs glauben!" Er grinste vor sich hin und schloß sich zögernd zum Essenempfang an.

In der Küche war es überfüllt. Glühende Hitze, Geschrei und Gepolter. Mitten drin stand, schweißtriefend, mit hochrotem Gesicht, der Küchenchef. „Na, Paul, hat denn deine Garde noch keine Freßmaschinen? Eigentlich sollte man ihnen nicht eher etwas zu essen geben; aber der Dicke tut mir leid, dem wirds schwer. Mensch, was schwitzt der. Ja, wer so einen Ranzen mit sich herumschleppt, der müßte jeden Tag eine Arbeitsration extra haben, bis er normal würde." (Forts. folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

sehr zupasse kommen. Stärker als je klingt in dem Wirbel, der Umsatz des Krieges die Arbeit der Metallarbeiter daheim, ihr Leben, Schaffen und Leiden ist eine Voraussetzung für die Leistungen an der Front, und ihre Familien spüren heute mehr als je die harte Not, die im Gefolge des Kampfes einhergeht. Da ist dreifacher Anlaß, sich fest ans Ganze zu schließen und dem Verbande tatkräftig durchzuhelfen. Die Tagesordnung, die zur Tagung vorliegenden Anträge und besonders die Jahrbücher zeugen freilich von gesunder Lebenskraft. An die Berichte des Vorstandes und des Ausschusses wird sich wohl eine ausführliche Besprechung knüpfen, zumal da eine lange Reihe von Anträgen aufzuarbeiten ist. Diese Anträge bezwecken in erster Linie den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen und ferner Angelegenheiten, die unter die Begriffe „Berufskonferenzen, Agitation, Sozialpolitik" fallen. Dahin gehören aber auch Vorschläge zur Fürsorge für die Kriegsverletzten. — Aus Berlin, Bremen, Stuttgart, Potsdam, Halle, Leipzig, Remscheid, Stettin liegen Anträge und Resolutionen „zur Haltung der Verbandsinstanzen zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen" vor. — Die Beratung des Verbandsstatuts bildet den dritten Punkt der Tagesordnung. Zahlreiche Abänderungsanträge sind rechtzeitig eingereicht und den Delegierten im Druck bereits zugestellt.

Günstiger Jahresabschluß der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die Gesamtzahl der Mitglieder der H.-D. Gewerkvereine betrug im Jahre 1913 über 106 000. Die Mitgliederzahl sank im Jahre 1915 auf 61 000 und 1916 auf 57 766. Der Mitgliederverlust im Jahre 1916 ist geringer als die Zahl der Einberufungen. Der Kassenabschluß für 1916 weist einen Ueberschuß von 80 000 Mark auf. Der Vermögensbestand beträgt über 4¾ Millionen Mark einschl. der Kranken- und Begräbniskasse. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder bleibt nicht mehr allzu stark hinter dem Friedensstand zurück. Im allgemeinen haben auch die H.-D. Gewerkvereine die schwere Belastungsprobe des Krieges einigermaßen günstig überstanden.

Aus dem Lande.

Verbot des Rodens unreifer Kartoffeln.

Das stellvertretende Generalkommando des 10. Armeekorps hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend Erklärung des Kriegszustandes, des Artikels 68 der Reichsverfassung, der §§ 4 und 9 des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes:

§ 1. Das Roden feldmäßig angebauter Frühkartoffeln ist vor dem 1. Juli 1917 verboten.

Welche Frühkartoffeln als nicht feldmäßig angebaute (aus Treibhäusern, Frühbeeten u. dergl.) anzusehen sind, bestimmt der Kommunalverband.

§ 2. Von welchen Tagen an die einzelnen Sorten von frühen und mittelfrühen Kartoffeln gerodet werden dürfen, bestimmt der Kommunalverband. Vor diesen Tagen ist das Roden der einzelnen Sorten verboten.

Spätkartoffeln dürfen ohne Genehmigung des Kommunalverbandes nicht vor dem 15. September 1917 gerodet werden.

§ 3. Es ist verboten, Kartoffeln, deren Roden nach §§ 1 und 2 nicht erlaubt ist, abzusetzen oder anzunehmen.

§ 4. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3 zuwiderhandelt oder zur Uebertretung der Vorschriften auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

•

Varel. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch in der Heinenschen Maschinenfabrik. Der Arbeiter W. ist beim Riemenauflegen von demselben ergriffen und um die Transmissionswelle geschleudert worden. Die erlittenen Verletzungen sind sehr schwere. Außer dem Verlust eines Armes hat er mehrere Rippenbrüche erlitten.

Oldenburg. Eine Milchverordnung. Die Bevölkerung wird vom Stadtmagistrat darauf hingewiesen, daß es dringend notwendig ist, daß Milch nur in gekochtem Zustande genossen wird. War dies in Friedenszeiten schon durchaus erforderlich, so ist es in den jetzigen Zeiten, in der die Sorgfalt in der Behandlung der Milch aus den vielfachen bekannten Gründen abnimmt und infolge der allgemeinen Ernährungslage die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers gegen schädliche Einflüsse nachläßt, ein durchaus dringendes Gebot. Die Milchkarten sind daher mit einem entsprechenden Hinweis versehen worden.

— Zu der Sterbekasse des Sozialdemokratischen Wahlvereins muß von den Mitgliedern, welche sei Gründung der Kasse derselben angehören, mit Monat Juni die 67. Marke geklebt werden.

— Der Vertrieb der alten Versicherungsmarken durch die Postanstalten hört mit dem 30. Juni auf. Wer mit der Verklebung für das Kalenderjahr 1916 noch im Rückstande sein sollte, versäume unter keinen Umständen, sich bis Ende dieses Monats die fehlenden Marken zu beschaffen, da nach diesem Zeitpunkte die Möglichkeit, Ergänzungen der Invalidenkarten für das Vorjahr vorzunehmen, fehlt. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Umtausch alter nicht verwendbarer Versicherungsmarken gegen solche neuerer Art bei allen Postanstalten bis zum 31. Dezember 1918 stattfindet.

— Die Handelskammer wird am 28. Juni eine Vollversammlung abhalten. In dieser Versammlung werden u. a. auch die Maßnahmen betreffs der Uebergangswirtschaft besprochen werden.

Nordenham. Bei der Einführung der Kundenliste ist für das kaufende Publikum folgendes zu bemerken: Wer ohne besonderen Grund die Eintragung in der festgesetzten Zeit versäumt, wird erst zum 1. August in eine Kundenliste eingetragen und bleibt bis dahin bei der Verteilung von Nahrungsmitteln unberücksichtigt. Ledige Personen, die nicht bei ihrem Wohnungsgeber in voller Kost sind, haben sich nicht als zur Familie des Wohnungsgebers gehörig, sondern unter eigenen Namen eintragen zu lassen. Umschreibungen von einer Kundenliste in die Liste eines anderen Händlers werden nur zum 1. jeden Monats, erstmalig zum 1. August d. J., vorgenommen. Bemerkt wird, daß für die Kundenliste nur die Waren, die auf die städtische Lebensmittelkarte abgegeben werden, in Betracht kommen, nicht also Brot, Zucker, Butter und Seife.

— Der städtische Kartoffelverkauf, der bei Frau Plate, Peterstraße, stattfindet, beginnt mit dem Buchstaben A am Freitag vormittag um 8½ Uhr und wird mit dem Buchstaben Z am Sonnabend abend um 6 Uhr beendet.

Einswarden. Lebensmittelversorgung der Gemeinde. Auf Lebensmittelkarten-Abschnit. Nr. 24 wird in den folgenden Geschäften je 1 Pfund Sauerkraut verabfolgt: Popken, Brötje, Plate, Vollheim, Neumann, Frels, Konsumverein Friedrich-August-Hütte, Junghändel, Krieger, Kayser und Konsumverein Unterweser.

Delmenhorst. Obstkernsammlung. Da die Sammlung dazu beiträgt, zur Oelbereitung, also Fettbeschaffung beizutragen, so hat der Magistrat auch hier die Anregung zum Sammeln der Obstkerne gegeben und folgende Sammelstellen errichtet: 1. Die Wohlfahrtsstelle der Wollkämmerei, zugleich Zentralstelle, 2. Vaterländisches Frauenvereinshaus, 3. Gemüsehandlung Grundner, Luisenstraße, 4. Gemüsehandlung Mergel, Langestraße, 5. Delmenhorster Fischhandlung, Langestraße 11, 6. Frauenhilfsverein, Frau Behr, Oldenburger Straße 173. Den Sammlern wird für das Kilogramm vorschriftsmäßig abgelieferter Kerne des Steinobstes 10 Pfg., Kürbiskerne 15 Pfg., Zitronen- und Apfelsinenkerne 35 Pfg. vergütet.

Aus aller Welt.

Eine Frau mit zwei Männern. Durch den Krieg ist eine Frau in dem Orte Hinter-Theene bei Leer in eine eigenartige Lage gekommen. Sie erhielt im Jahre 1915 die amtliche Nachricht, daß ihr Mann gefallen sei. In diesem Frühjahr hat sie sich deshalb wieder verheiratet. Nach jetzt eingetroffenen Nachrichten ist der Mann jedoch nicht gefallen, sondern in Gefangenschaft geraten, so daß die Frau jetzt zwei Männer hat.

Bekanntmachung.

Die Malerarbeiten

für die Unterhaltung der städtischen Schulen sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Angebotsunterlagen sind auf dem Rathause Wilhelmshavener Straße, Zimmer Nr. 8, kostenlos zu beziehen.

Die Angebote sind bis zum **Donnerstag, den 28. d. M.,** mittags 12 Uhr, an das Hochbauamt, Rathaus Wilhelmshavener Straße, Zimmer Nr. 8 einzureichen, woselbst die Eröffnung derselben stattfindet.

Der Stadtmagistrat behält sich Verwerfung der gesamten Submission, freie Auswahl unter den Bewerbern, sowie gesonderte Vergebung einzelner Positionen vor.

Rüstringen, den 20. Juni 1917 [1934

Stadtmagistrat.

Dr. Lueken.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 26. d. Mts., abends 7 Uhr, kommt das Gras im Stadtpark (beim neuen Garnisonfriedhof) zum Verkauf. Es ist beabsichtigt, auch in kleinen Parzellen zum Grasschneiden abzugeben.

Käufer versammeln sich am Eingang zum Park am Neuengroderner Wege.

Rüstringen, den 21. Juni 1917. [1956

Stadtmagistrat.

Dr. Lueken.

Bekanntmachung

Das Gras auf dem städtischen Friedhof in Oldenburg soll **am Montag, den 25. d. Mts.,** abends 7 Uhr, an Ort und Stelle öffentlich meistbietend in passenden Abteilungen verkauft werden.

Rüstringen, den 21. Juni 1917. [1957

Stadtmagistrat.

Dr. Lueken.

Bekanntmachung.

Das Kriegsversorgungsamt beschaffte:

Extra große Gurken Stück 35 u. 40 Pf.
Erbsen . . . . . pro Pfund 60 Pf.
unreife Stachelbeeren pro Pfund 50 Pf.

welche in den einschlägigen Geschäften verkauft werden.

Ferner werden fortan täglich

1 bis 2 Waggons Erdbeeren

eintreffen, heutiger Preis à Pfund Mk. 1.10, kordweise brutto für netto 1 Pfund Mk. 1.00.

Sonnabend treffen ein:

Junge Möhren, Blumenkohl, Spitzkohl und Tomaten.

Rüstringen, den 22. Juni 1917. 1961

Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Wir bitten heute in den hiesigen Gemüsegeschäften

besonders große Gurken, Erbsen, unreife Stachelbeeren, Spitzkohl, und Erdbeeren

verkaufen.

Die Preise dafür sind wie folgt festgesetzt:
für Gurken auf 35—40 Pfg. das Stück,
„ Erbsen „ 60 Pfg. das Pfund,
„ unreife Stachelbeeren auf 50 Pfg. das Pfund,
„ Erdbeeren auf Mk. 1,10 das Pfund, und bei Abnahme von ganzen Körben (brutto für netto) Mk. 1,— das Pfund,

der Preis für Spitzkohl ist in den Läden kenntlich gemacht. Ferner treffen am Sonnabend noch Tomaten und Blumenkohl ein.

Die Preise hierfür sind ebenfalls von den Gemüsehändlern im Fenster gut sichtbar anzubringen.

Wilhelmshaven, den 22. Juni 1917.

Der Magistrat.

Bartelt.

Städtisches Kinderheim.

Die Not des Krieges zwingt zahlreiche Frauen, deren Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie unentbehrlich sind, ihre Kinder tagsüber fremder Obhut anzuvertrauen. Unser Kinderheim will an die Stelle der fehlenden unersetzlichen Pflege der Mutter diesen Kindern eine ihre Entwicklung an Leib und Seele möglichst fördernde liebevolle Pflege angedeihen lassen. Hierfür benötigen wir zur Unterstützung der hierfür festangestellten Personen ehrenamtlichen Mithülfe von Frauen und Mädchen, die mit vollem Verständnis für die Bedeutung der Erziehung der durch den Krieg besonders gefährdeten Jugend mittätig sein wollen. Wir bitten diejenigen, die ihre helfende Hand uns hierfür reichen wollen, um schriftliche Mitteilung unter gleichzeitiger Angabe, an welchen Tagesstunden sie hierzu bereit sind. — Das Heim ist während der Tagesarbeitszeit der Mutter geöffnet.

Wilhelmshaven, den 22. Juni 1917

Der Magistrat.

Täger.

Kleinhandelszuschläge für Gemüse und Obst.

Mit Wirkung ab heute dürfen die Zuschläge zu den Erzeugerhöchstpreisen und bei ausländischem Gemüse und Obst sowie bei Südfrüchten zu den Erwerbspreisen im Kleinhandel folgende Sätze nicht überschreiten:

a) 0,30 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 1.— Mk.,
b) 0,25 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,70 bis 1.— Mk.,
c) 0,20 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,50 bis 0,69 Mk.,
d) 0,15 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,40 bis 0,49 Mk.,
e) 0,11 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,30 bis 0,39 Mk.,
f) 0,08 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,20 bis 0,29 Mk.,
g) 0,07 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,15 bis 0,19 Mk.,
h) 0,05 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,10 bis 0,14 Mk.,
i) 0,04 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als 0,07 bis 0,09 Mk.,
k) 0,03 Mk. Zuschlag, wenn der Erzeuger- bezw. Erwerbspreis mehr als unter 0,07 Mk. beträgt.

Diese Sätze sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 und wird ihre Uebertretung mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wilhelmshaven, den 25. Mai 1917.

Der Magistrat.

Bartelt.

Bekanntmachung.

Wir verkaufen weiter

Rindfleischkonserven

in Dosen mit ein oder zwei Pfund Inhalt. Der Preis ist festgesetzt
auf **Mk. 2,40 für 1 Pfd.-Dosen** und
auf **Mk. 5,— für 2 Pfd.-Dosen.**

Die Ausgabe von Gutscheinen hierauf erfolgt gegen Zahlung des Betrages und Rückgabe einer entsprechenden Menge für die Zeit vom 18 Juni bis 7. Juli gültiger Reichsfleischmarken am Dienstag den 26. und Mittwoch den 27. Juni im städtischen Lebensmittelamt — Börsenstraße 35 — am Schalter Nr. 11.

Das Geld ist abgezählt bereitzuhalten. Brotausweiskarte ist vorzulegen. Ueber die Empfangnahme der Ware erfolgt besondere Bekanntmachung.

Wilhelmshaven, den 21. Juni 1917

Der Magistrat.

Bartelt.

Bekanntmachung.

Die bezogenen

Fleischkonserven

können gegen Rückgabe der Gutscheine
am Montag den 25. Juli
nachmittags von 2—7 Uhr im städtischen Lagerhaus — Luisenstraße — bei Herrn Lagermeister Bauer in Empfang genommen werden.

Wilhelmshaven, den 21. Juni 1917

Der Magistrat.

Bartelt.

Viehverwertungsverband für das Herzogtum Oldenburg.

Abnahme und Anmeldung von Schlachtrindern betr.

Im Juli werden die bis zum 17. Mai vorangemeldeten Rinder fast restlos abgenommen. Infolge der großen Dürre ist vielfach die Abnahme weiterer Rinder schon im Juli bedürftig. Wir nehmen vom 1. Juli bis Ende der Weidezeit solche Rinder ab, welche den zuständigen Vertrauensleuten bis zum 28. Juni angemeldet werden. Die Zahl der Tiere, die wir jedem Mäster schon im Juli abnehmen können, richtet sich nach der Zahl der Anmeldungen, die eingehen. Für alle nach dem 1. Juli abgenommenen Rinder, mit Ausnahme der bis zum 17. Mai vorangemeldeten Tiere, gelten die Preise der Bundesratsverordnung vom 19. März 1917. Es wird allen Mästern dringend empfohlen, möglichst sämtliche bis zum Herbst 1917 abzugebenden Schlachtrinder bis zum 28. Juni anzumelden.

Oldenburg, den 21. Juni 1917. [1946

Hennings.

Bekanntmachung.

Am 16. Juni d. Js. sind der 9jährigen Ella Fink in Rüstringen, Schaarreihe 72, auf der Straße von einer unbekannten Frau 3 Lebensmittelkarten, geltempelt von dem Kaufmann Krieger und mit der Nr. des Brotkartenausweises versehen, gestohlen worden.

Ich ersuche um Nachforschung und Nachricht zur Akte 481/17.

Rüstringen, 20. Juni 1917

Der Amtsanwalt.

i. V.: Haag.

Gemeinde Osternburg.

Speiseküche.

Die Ausgabe der Wochenkarten erfolgt in Zukunft nur noch Sonnabends von 10 bis 1 Uhr in G. Frohns Gasthaus und Sonntags von 12 bis 2 Uhr, Schulstr. 2. [1941

Rosenbohm.

Auktion.

Im freiwilligen Auftrage werde ich wegen Aufgabe des Haushalts am

Sonnabend, den 23. Juni nachm. 3 Uhr anfangend im **Hotel „Hof von Oldenburg" in W'haven, Königstraße**

(Eingang Deichstraße)

folgende Sachen:

2 Sofas, 2 Sofatische, 2 zweit. Kleiderschränke, 1 eint. Kleiderschrank, mehrere Stubenstühle, 2 Komoden, 2 Spiegel, 1 Bauerntisch, 1 Wanduhr, mehrere Wandbilder, 2 Bettstellen mit Matr. und Auflegetischen, 2 Waschtische, 1 Nähmaschine, 1 Paneelborte, 1 gr. Küchenschrank, 1 Küchentisch, 5 Küchenstühle, Borten und Tonnen, sämtl. Küchengeschirr, 1 echt chin. Teeservice, 1 Lehnstuhl, 1 Korbliegestuhl, 2 Seidengestickte Wappen mit Rahmen, 1 Bücherborte, 2 kl. Schränkchen, mehrere Tische und verschiedene andere hier nicht bezeichnete Haushaltungsgegenstände öffentlich meistbietend versteigern. Die Sachen können eine Stunde vor Beginn der Versteigerung besichtigt werden.

Albr. ter Veen

Auktionator [1958

Wilhelmshav. Straße 23, I, Telephon Nr. 1328.

Landesbibliothek Oldenburg